

Freitag, 13. Juni 2025 Nachmittag

| | |
|------------------|---|
| Vorsitz: | Standespräsidentin Silvia Hofmann |
| Protokollführer: | Gian-Reto Meier-Gort |
| Präsenz: | anwesend: 113 Mitglieder entschuldigt: Adank, Beeli, Bergamin, Dürler, Holzinger-Loretz, Kasper, Koch, Krähenbühl, Luzio, Roffler, Sax, Schutz, Spagnolatti, Spreiter, Stiffler, Thür-Suter, von Tschanner |
| Sitzungsbeginn: | 14.00 Uhr |

Standespräsidentin Hofmann: Wir fahren fort mit den Beratungen. An dieser Stelle teile ich Ihnen mit, dass wir diese Junisession heute um 16.00 Uhr beenden werden. Wir sind noch bei den Diskussionen zur Gesundheitsversorgung und das Wort hat nun Grossrätin Bischof.

Auftrag Bettinaglio betreffend Transformationsbeiträge für Leistungserbringer in der Bündner Gesundheitsversorgung (Fortsetzung)

Bischof: Da ich jetzt gerade aus der Grossratschorprobe komme, bin ich natürlich voll motiviert und voller Oxytocin, und das wird allen anderen Mitsängerinnen auch so gehen. Und auch da gibt es eben Gesundheitsaspekte. Und ich bin sehr dankbar für alle Voten, die gefallen sind. Ich bin auch dankbar, dass der Auftraggeber, Grossrat Bettinaglio, wieder in unseren Reihen ist und auch noch ein Votum hält. Und mir geht es einfach darum, dass wir wirklich in sehr herausfordernden Zeiten stehen, besonders was die Gesundheitsversorgung insgesamt in der Schweiz angeht, und noch viel mehr, was die dezentrale Gesundheitsversorgung in Graubünden angeht. Und wenn wir eine dezentrale Gesundheitsversorgung haben wollen, dann müssen wir kreative und offenen Lösungen finden und auch komplett neue Finanzierungskonzepte. Ich bin auch der Meinung, dass wir den Bürgerinnen in den Tälern nicht zumuten können, dass Geburtshilfeabteilungen geschlossen werden, weil das einfach zu einer grossen Verunsicherung in der Bevölkerung führt. Und wenn wir keine Entvölkerung in den Regionen haben wollen, dann ist es wichtig, dass wir auch junge Familien, die eben in den Talschaften leben wollen, dass wir die dort auch behalten können und dass sie dort auch eine genauso gute Gesundheitsversorgung haben wie die Bürgerinnen, die in Chur leben. Und wir sind eben doppelt gefordert, weil wir eben diese Talschaften haben und die Täler und die Pässe und weil wir in der Regel auch einmal im Monat Schnee haben. Und deshalb ist es z. T. auch schwierig, eine dezentrale Gesundheitsversorgung ohne die Geburtshilfe wirklich zu gewährleisten.

Und wo wir auch gefordert sind, ist bei all unseren Gästen. Wenn Sie den Tourismus anschauen, wie die Zahlen der Bevölkerungsdichte dann steigen zwischen Dezember und Januar und Februar, dann sind wir auch dort sehr gefordert. Wie wollen wir überhaupt die Gesundheitsversorgung für die Gäste aufrechterhalten? Und wenn Sie dann denken, dass die Gäste, wenn sie in Ilanz sind oder auch in Thusis sind oder auch im Engadin sind, dass sie den weiten Weg bis nach Chur gehen müssten, wenn sie schwanger sind, dann ist das definitiv zu weit. Deshalb, ich sage es nochmals, Sie brauchen kreative, offene Lösungen und Sie brauchen gute Finanzierungskonzepte, wenn Sie die Bevölkerung in den Talschaften halten wollen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Bettinaglio: Zuerst möchte ich mich bedanken, dass Sie die Diskussion bis zum Mittag geführt haben, sodass ich grundsätzlich zu meinem Auftrag auch noch sprechen kann. Ich war leider verhindert vor der Pause. Nein, ich werde mein Votum nicht halten, man sollte sich ja inhaltlich nicht äussern, wenn man die Diskussion vorher nicht mitverfolgt hat. Ich möchte aber dennoch mich erstens bedanken bei der Regierung und beim zuständigen Regierungsrat, dass Sie den Auftrag grundsätzlich wohlwollend entgegengenommen haben. Ich möchte mich bei den Kolleginnen und Kollegen bedanken, ich habe gehört, dass auch im Rat anscheinend die Unterstützung für den Auftrag da ist, was ich erfreut zur Kenntnis nehme. Der Wermutstropfen, das haben Sie aber, glaube ich, schon besprochen und es wurden auch Fragen dazu gestellt, ist, dass das weniger rasch geht als vielleicht gedacht oder auch die Intention des Auftrages war. Aber insgesamt muss ich sagen, bin ich zufrieden und es freut mich, dass die Regierung bereit ist, hier dann entsprechend gesetzgeberisch tätig zu werden.

Metzger: Bis zum jetzigen Zeitpunkt hat noch niemand aus dem Oberengadin zu diesem Auftrag gesprochen. Darum beisse ich in diesen sauren, aber angenehmen Apfel. Der Auftrag ist richtig, der Auftrag ist wichtig für die Spitalversorgung der Talschaften Graubündens. Das haben alle meine Vorredner auch gesagt und die Regie-

rung scheint mir der gleichen Meinung zu sein, dafür vielen Dank.

Mit der Überweisung dieses Auftrags an die Regierung fällt aber auch die Drohkulisse da und dort, die man im Oberengadin gegenüber seiner Bevölkerung und den Mitarbeiterinnen dort im Spital hat, weg. So hatte die Stiftung Gesundheitsversorgung Oberengadin in den letzten Monaten mit einem unglaublichen Geldeinsatz, letztlich indirekt über Steuergeld, für Kommunikationsberatungen und einer Vielzahl von Inseraten meiner Ansicht nach verfassungswidrig, ich verweise auf den Art. 34 der Bundesverfassung, das Volk zu überzeugen versucht, ihr Weg sei der richtige, alles andere führe, so auch an einer unlängst erfolgten Mitarbeiterinformativveranstaltung, alles andere führe zum Konkurs und zur Nachlassstundung. Denn die Banken und der Kanton kündigten Kredite, so die Drohkulisse der Classe politique im Tal, und das mit fatalen Folgen. Verunsicherung bei der Mitarbeiterschaft, Verunsicherung bei den Patienten, Verunsicherung beim Spital. Aber so geht das eben nicht. Und auch die Bevölkerung der Standortgemeinde in Samedan hat dies den Politikern mit aller nur wünschbaren Deutlichkeit gezeigt und zweimal mit einem Nein das Spital gerettet. Die Übergabe mit dem Projekt Albula ist nun vom Tisch, auch wenn immer wieder vorgebracht und versucht wird, das trotzdem noch zu kehren.

Wir müssen uns aber nichts vormachen. Die Kosten im Gesundheitswesen steigen von Jahr zu Jahr. Das medizinische Angebot wird immer grösser und weckt die Nachfrage. Und die verführte Bevölkerung ist nicht bereit, hier etwas Bescheidenheit an den Tag zu legen. Aber das ist menschlich. Sie konsumiert das Angebot wacker. Sie will halt nur das Beste, da ist jeder sich selbst am nächsten. Aber es ist halt auch so, dass Nichtberufsunfälle heute in weiten Bereichen privat oder halbprivat versichert sind, als Benefiz in den Arbeitsverträgen, das mit fatalen Folgen für öffentliche Spitäler in der Nähe. Ich verweise auf die Konkurrenzsituation der Klinik Gut als Tochtergesellschaft der ebenfalls privaten Stiftung Kantonsspital Graubünden. Es ist naheliegend, dass das Kantonsspital versuchen würde, privat oder halbprivat Versicherte abzuleiten in die Institution, die ihrer Tochtergesellschaft, der Klinik Gut AG, gehört, und das Spital der Stiftung Gesundheitsversorgung Oberengadin hat dann das Nachsehen. Aber in der gleichen Zeit ist es halt dann eben so, dass in den Zwischensaisons dann die Klinik Gut ihren Betrieb einstellt oder schliesst, und dann kann halt das Spital Oberengadin nicht attraktive Fälle für diese Zeit übernehmen. Das finde ich jetzt nicht so eine, entschuldigen Sie den Ausdruck, gescheite Situation. Aber auch die Prämienvorbilligungen für recht weite Teile der Bevölkerung verschleiern die Tatsache, dass wir das Gesundheitssystem eigentlich nicht mehr so finanzieren könnten, hätten wir diese Vorbilligungen nicht. Es ist so quasi wie mit dem Halbtax im öffentlichen Verkehr. Hätte man diese Prämienvorbilligungen nicht, würde man selbst merken, dass wir halt auf einem Niveau sind in der Gesundheitsversorgung, die, ich sage jetzt mal, weltweit auf höchstem Niveau ist.

Und darum finde ich es richtig, dass mit diesem Auftrag Bettinaglio, herzlichen Dank nochmals dafür, wenn Sie

den überweisen, und danke auch an die Regierung, dass sie mit der Überweisung einverstanden ist. Dieser Auftrag gibt etwas Luft in eine saubere Auslegeordnung und in eine Erarbeitung einer Strategie für die Spitallandschaft Graubünden, denn die brauchen wir in den Tälern.

Standespräsidentin Hofmann: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Deshalb übergebe ich das Wort nun Regierungsrat Peyer.

Regierungsrat Peyer: Grossrat Natter hat sich ja wirklich Mühe gegeben zu Beginn... *Heiterkeit.* ...aber der Plan ist nicht aufgegangen. Und obwohl wir ja bei der KGS vorgestellt haben, wie wir vorgehen wollen, Grossrat Natter hat das auch gesagt, und die KGS ja dann in löblicher Absicht nicht gerade geschworen hat, aber sich vorgenommen hat, uns jetzt arbeiten zu lassen und nicht weitere Vorstösse zu machen und sich auch mit Anfragen usw. zurückzuhalten, konnte dann doch der eine oder die andere nicht widerstehen, auch noch auf den Knopf zu drücken und ein paar Fragen zu stellen.

Wenn ich da vorne beginne, aber ich werde mich wirklich bewusst kurz halten, hat Grossrat Epp die Finanzsituation der Gemeinden aufgezählt. Das überlasse ich meinem Kollegen Martin Bühler, das zu kommentieren. Es war aber bezeichnend, dass sich drei Votantinnen und Votanten aus der Surselva gemeldet haben. Und Ihnen drei sage ich es einfach gerne noch einmal, die Hausaufgaben müssen Sie schon selber machen. Das wird Ihnen die Regierung und auch das Leitbild nicht abnehmen. Und da haben Sie noch Potenzial, Sie wissen das. Wir unterstützen Sie da nach Kräften, weil wir da Ihre Bestrebungen teilen, die Sie am unternehmen sind. Und wenn es nötig ist, kommen wir gerne auch nochmals vorbei, um Sie zu unterstützen. Aber Sie müssen da schon auch selber dranbleiben.

Grossrat Loepfe hat gesagt oder gewünscht, dass wir nicht nur die Spitäler anschauen. Ja, das werden wir nicht machen. Wir werden ein umfassendes Leitbild machen, das alle Bereiche oder möglichst viele Bereiche, sage ich einmal, der Gesundheitsversorgung abdeckt, obwohl das ein breites Feld ist. Aber es ist klar, Alters- und Pflegeheime, Spitex, Elternberatung, Hausärzteschaft, Notfall- und Rettungsdienst, das gehört alles auch dazu. Und das müssen wir auch berücksichtigen im Leitbild. Was ich nicht erfüllen werden kann, ist der fromme Wunsch von Grossrat Caviezel, dass wir die Finanzierungsgeschichten vorziehen. Weil wenn wir das machen würden, müssten wir wahrscheinlich auch das Leitbild nicht mehr schreiben. Und wenn wir alle Fragen oder alle guten Ideen, die heute hier erwähnt wurden, schon abhandeln könnten oder bereits die Antworten kennen, dann müssten wir das Leitbild auch nicht mehr schreiben. Aber gerade, weil wir das eben nicht wissen, haben wir uns da hinter die Arbeit gemacht.

Wir werden versuchen, möglichst viele Stakeholder miteinzubeziehen, Grossrat Caviezel hat das auch zu Recht erwähnt. Wir, die Kerngruppe wird alle Spitäler interviewen, das ist bereits am Laufen. Wir haben sogenannte Fokusgruppen gebildet, z. B. für das Thema Notfalldienst/Rettung oder auch für das Thema Geburtshilfe. Diese Termine sind auch schon gefixt, es ist auch

klar, wer an diesen Treffen teilnehmen wird usw. Also, wir arbeiten da auf Hochtouren.

Aber, und das haben wir auch in der KGS klargemacht, und ich glaube, die KGS war auch damit einverstanden: Es ist nachher das Leitbild des Kantons oder sogar des Departementes. Und der Einbezug des Grossen Rates beispielsweise oder vielleicht noch weiterer Gruppen, ausser jetzt natürlich bei der Erarbeitung, wo wir da die Meinungen schon einholen, aber nachher, das ist dann bei der eigentlichen Gesetzgebung. Dort, in den Vernehmlassungsverfahren und dann natürlich auch bei der Debatte im Grossen Rat, da wird dann der Moment sein, wo der Grosse Rat im, sage ich einmal, grossen Stil mitbestimmen und sagen kann, in welche Richtung es gehen soll und wie viel mehr oder weniger es sein darf. Das war aber schon beim letzten Leitbild so, nur wurde das in einem viel kleineren Rahmen erarbeitet, als wir es diesmal machen, um eben mehr Anspruchsgruppen miteinbinden zu können.

Vielleicht noch zur Finanzierung ein Wort, Grossrat Caviezel hat das gesagt, gemeinwirtschaftliche Leistungen. Ja, ich weise auch darauf hin, dass wir für dieses Jahr, allein schon für dieses Jahr, die gemeinwirtschaftlichen Leistungen um 5 Millionen Franken erhöht haben. Ich sehe schon, dass es nicht überall reicht. Aber in erster Linie für die Finanzierung zuständig wären eigentlich die Tarife. Und da hat halt leider auch die Regierung wenig Einflussmöglichkeiten. Wir sind uns da einig, die Tarife sind zu tief, aber da kommt dann sofort das, was Grossrat Metzger zu Recht gesagt hat: Steigen die Tarife, steigen die Prämien, und das begeistert uns ja dann auch nicht nur. Grossrat Metzger wird mir verzeihen, wenn ich mich zur Oberengadiner Situation nicht äussere, das überlassen wir gerne den Oberengadinerinnen und Oberengadineren. Wir schauen einfach gespannt zu, was jetzt geschehen wird. Grossrat Metzger hat an einem Podium einmal gesagt, das Oberengadin kann das finanzieren, sie hätten genügend Geld. Da bin ich froh, muss der Kanton da nichts einschiessen. Ob dann das auf immer so sein wird, werden wir dann auch sehen.

Aber ich danke Ihnen für all die Anregungen. Wir sind an der Arbeit, wir nehmen sehr viele Ideen auf. Aber tatsächlich müssen Sie uns jetzt halt auch einen Moment arbeiten lassen. Wir werden auch die Finanzfragen, so wie jetzt das auch mit der Überweisung des Auftrags Bettinaglio geschehen soll, natürlich dann auch ernsthaft anschauen und prüfen, wo braucht es da Anpassungen, auch in der Gesetzgebung, und was wären die wirklichen Hebel, um da insbesondere die Regionalspitäler, aber auch sonst das Gesundheitswesen zu unterstützen. In dem Sinne besten Dank für die Debatte und überweisen Sie diesen Vorstoss, dann arbeiten wir auch daran weiter.

Standespräsidentin Hofmann: Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich Grossrat Bettinaglio fragen, ob er noch einmal das Wort wünscht? Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir darüber ab. Wenn Sie diesen Auftrag überweisen möchten, drücken Sie bitte die Taste Plus, wenn Sie sich dagegen entscheiden, die Taste Minus und für Enthaltungen die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben den Auftrag Bettinaglio mit

97 Stimmen zu 0 Stimmen und 0 Enthaltungen überweisen.

Abstimmung

Der Grosse Rat überweist den Auftrag mit 97 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Standespräsidentin Hofmann: Wir kommen zur Anfrage von Grossrat Tomaschett betreffend Veröffentlichung von Standorten von Geschwindigkeitsmessanlagen im Kanton Graubünden. Grossrat Tomaschett, sind Sie mit der Antwort der Regierung befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt?

Anfrage Tomaschett betreffend Veröffentlichung von Standorten von Geschwindigkeitsmessanlagen im Kanton Graubünden (Wortlaut GRP 4/2024-2025, S. 539)

Antwort der Regierung

Geschwindigkeitskontrollen sind wichtige präventive Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Zur Kontrolle der Fahrgeschwindigkeit setzt die Kantonspolizei durch Patrouillen mobile Messgeräte sowie semistationäre (SEMISTA) und fixe Anlagen ein. Die Standorte werden, wie in vielen anderen Kantonen, nicht publiziert.

Aufgrund der Fragestellung beschränkt sich die Regierung in ihrer Antwort daher auf die Analyse der Publikation der Standorte dieser semistationären Messanlagen, sofern diese nicht bei Spitälern, Alters- und Pflegeheimen oder Schulen und Kindergärten aufgestellt sind.

Durch die Bekanntgabe der Standorte der semistationären Geschwindigkeitsmessanlagen kann sich die Verkehrssicherheit im Bereich der Messstellen erhöhen. Voraussetzung ist jedoch, dass viele Fahrzeuglenkende die Kontrollstandorte aktiv abrufen und die Geschwindigkeit bei der Messstelle anpassen. Eine nachhaltige Verhaltensänderung, dass nur die erlaubte Geschwindigkeit gefahren wird, bleibt so aber aus. Die Bekanntgabe der Standorte der Geschwindigkeitsmessanlagen bietet damit keine Gewähr, dass sich die Fahrzeuglenkenden ausserhalb der gemeldeten überprüften Strassenabschnitte an die geltenden Höchstgeschwindigkeiten halten. Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass derjenige, der weiss, auf welchen Strassenabschnitten die Geschwindigkeit kontrolliert wird, gleichzeitig auch Kenntnis hat, auf welchen Strassenabschnitten nicht kontrolliert wird. Dies hat zur Folge, dass den allgemeinen und signalisierten Höchstgeschwindigkeiten auf dem übrigen, nichtkontrollierten Strassennetz nur noch Empfehlungscharakter zukommt. Das ist nicht im Sinne der Regierung. Für die Verkehrssicherheit ist entscheidend, dass sich die Verkehrsteilnehmenden an die geltenden Höchstgeschwindigkeiten halten. Entsprechend müssen unangekündigte Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden. Diese wirken sich positiv auf die Verkehrssicherheit aus und stellen eine wichtige präventive

Massnahme im Strassenverkehr dar, um gefährliche Unfälle und deren Folgen zu vermeiden.

Die Regierung erkennt aufgrund der vorstehenden Ausführungen in der Gesamtbetrachtung kaum einen positiven Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit durch die Bekanntgabe der Radarstandorte. Bevor sie jedoch ganz darauf verzichtet, ist sie bereit, die Erfahrungen von anderen Kantonen genauer zu analysieren und in einer Pilotphase weitere entsprechende Erfahrungen zu sammeln.

Tomaschett: Jeu sun culla damonda dètg cuntents. Jeu hai era schon giu contact cun signur cusseglier guvernativ en caussa, vess denton tuttina bugen pretendiu discussiun en caussa.

Antrag Tomaschett
Diskussion

Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Standespräsidentin Hofmann: Grossrat Tomaschett, Sie können sprechen.

Tomaschett: Jeu dun tier: La damonda en caussa publicaziun da loghens da controlla da spertadad ei propi in tec populista. Denton, era quei sauda tier la lavur da nus parlametaris. Spezialmein, sch'ins representa el portfolio da simpatisants era ina cumpart dalla populaziun ch'ei stedi sin via. Probabel avess jeu buc tschentau la damonda da publicaziun da radars, sche cusseglier guvernativ Peyer havess buc duvrau il plaid absurd a caschun d'ina proposta da scursanir il preventiv dil conto da multas da spertadad, a caschun dalla sessiun dil december vargau. Cun vehemenza, e quei ha el era fatg endretg ed era cun cor ed era cun perschasiun, ha cusseglier guvernativ sedefendiü da buc vuler scursanir il preventiv da multas da traffic per la mesadad. Ed el ha fatg attent, che las controllas da spertadad succedien soli sulet per la segirtad. Jeu hai respect da tutta lavur che nos cussegliers guvernativs ed era cun lur administraziuns fan e renconuschel era tala lavur.

Ich stelle im Zusammenhang mit Geschwindigkeitskontrollen mehr und mehr einen Missbrauch fest. Radarkontrollen dürfen nicht dazu missbraucht werden, die Staatskasse zu füllen. Der Hauptzweck ist und soll die Sicherheit im Strassenverkehr sein. Und eines möchte ich unmissverständlich hier im Rat platzieren: Ich bin für Sicherheit und Prävention. Ich bin aber nicht für Schikanen. Die Verkehrssicherheit darf nicht in den Hintergrund treten und die Kontrollen nur als Mittel zur Geldbeschaffung wahrgenommen werden. Radarkästen, die ein paar Meter vor einer 50er-aufgehoben-Tafel platziert werden oder auch ausserorts auf absolut übersichtlichen Strecken, wo weder Fussgänger, Kinder, Schulen, Altersheime, Velofahrer noch Wohnquartiere anzutreffen sind, haben in meinen Augen nichts mit Prävention zu tun. Und hier wurde ich anlässlich der Dezembersession, ich habe das nachgeprüft, das war im 2020, bereits einmal vorstellig. Verändert hat sich diesbezüglich nichts, das war der Standort in Schluain, kurz vor der Auflösung der Tafel.

Radarkontrolle und warnen, das ist immer wieder ein Thema. Sie mögen sich fragen, wieso ich als Mitte-Politiker die Verkehrspolizei auffordere oder frage, diese öffentlich zu machen. Diese Frage habe ich mir auch gestellt und ich bin zu folgendem Schluss gekommen: In Zeiten der Digitalisierung mit den cleveren Navigationssystemen und Smartphones hat sich eine neue Generation von Blitzerwarnern durchgesetzt. Wenn man also diese Information via App oder Navigation holen kann, dann darf sich der Staat auch seine Gedanken darüber machen, ob er diese öffentlich zugänglich machen möchte. Sie haben es richtig gehört. Es gibt eine App und es ist ein App auf diesem Smartphone oder auf anderen Smartphones und es nicht Grossrat Epp, heute war er übrigens befugter Sprecher hier im Rat, eine App gibt Ihnen Auskunft über die Standorte der Blitzer. Beim Autofahren ist aber das Hantieren mit dem Smartphone für mich und ich hoffe auch für alle anderen ein No-Go.

Standespräsidentin Hofmann: Grossrat Tomaschett, Sie haben ihre Redezeit ausgeschöpft.

Tomaschett: Sind sie sicher, haben wir dieselbe Uhr?

Standespräsidentin Hofmann: Ah, dann habe ich Sie nicht verstanden. Sie haben Diskussion verlangt?

Tomaschett: Gerne.

Standespräsidentin Hofmann: Dann entschuldige ich mich. Sie können weitersprechen.

Tomaschett: Ich habe das auf Romanisch, Sursilvan platziert. *Heiterkeit.* Ich fahre fort. Die Warn-Apps verlangen vom Lenker aber auch eine gewisse Aufmerksamkeit. Gesehene Blitzergeräte sind via App zu bestätigen. Dieses Phänomen ist bekannt unter «Handy am Steuer» und gerade dieses Phänomen des Handys am Steuer ist ein häufiger Unfallverursacher.

Ich glaube, gehört zu haben, dass während der Beantwortung dieser Anfrage der Nachbarkanton St. Gallen kontaktiert wurde. Übrigens, ich schätze das sehr. Dabei ging es wohl um die Frage, welche Erfahrung die Fachstelle des Kantons St. Gallen mit der Veröffentlichung gemacht hat. Zu meiner, aber auch wahrscheinlich zur Überraschung der Bündner Fachstelle ziehen sie ein positives Fazit aus der Veröffentlichung der Standorte von Blitzerkästen. Gemäss Aussage der Kantonspolizei St. Gallen ging es ihnen primär um die Prävention. Um diese geht es mir auch.

Wenn Radarkontrollen also ausschliesslich präventiv eingesetzt werden, steht der Schutz der Menschen im Mittelpunkt. Dadurch wird das Bewusstsein für verantwortungsvolles Fahren gestärkt, das langfristig zu einem sicheren Strassenverkehr führen tut. Und gerade diese Prävention finde ich einen entscheidenden Ansatz, um Unfälle und Gefahren zu vermeiden, bevor sie überhaupt entstehen können. Durch Massnahmen wie Aufklärungskampagnen wird das Bewusstsein des Fahrens, für sicheres Verhalten gestärkt. Vielleicht können Sie sich an die Motorradkampagnen mit den grossen Plakaten anfangs der Passstrassen erinnern. Ich denke, einmal gelesen zu

haben, «Hast du den Schutzengel dabei?», das stand doch auf den Plakaten. Diese präventiven Massnahmen tragen dazu bei, riskantes Verhalten zu reduzieren. Langfristig führt eine starke Prävention zu weniger Unfällen, Verstärkung der Verantwortungskultur und Achtsamkeit im Strassenverkehr, was schlussendlich auch die Sicherheit und das Vertrauen aller erhöht.

Mit der Antwort bin ich teilweise befriedigt, da die Regierung bereit ist, mit den Kantonen, welche die Veröffentlichung umsetzen, Erfahrungen zu sammeln und einmal selber vielleicht auch darauf zu kommen und die so umzusetzen. Das Ziel soll die Prävention sein, die soll erreicht werden, und genau dieses Vorgehen rechne ich der Regierung hiermit hoch an. Um den Kreis zur eingangs erwähnten Wortwahl «absurd» zu schliessen, kommt es mir in der heutigen Welt aber auch oft so vor, dass das Leben so absurd ist, dass selbst die Realität um einen neuen Auftritt bittet. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Standespräsidentin Hofmann: Es gibt weitere Wortmeldungen zu dieser Anfrage. Grossrat Grass, Sie haben das Wort.

Grass: Den Ausführungen von Grossrat Tomaschett habe ich nichts anzufügen und ich teile seine Haltung voll und ganz. Er hat noch das Thema oder das Geschäft mit den Radarkontrollen thematisiert und ich habe dazu vor zweieinhalb Tagen in der Debatte zur Rechnung Regierungsrat Peyer eine Frage gestellt, weshalb diese in diesem Jahr rund 5 Millionen Franken höher ausgefallen sind. Ich hoffe, er hat es in der Zwischenzeit geklärt und kann mir im Zug der Beantwortung der Anfrage Tomaschett dazu eine Antwort liefern.

Claus: Ich bin sehr froh darüber, dass Grossrat Tomaschett eine sehr differenzierte Betrachtung dieser Angelegenheit vorgenommen hat, wesentlich differenzierter als die eigentliche Anfrage. Trotzdem habe ich sie mitunterzeichnet, eben darum, weil es diese differenzierte Betrachtung zu machen gilt. Ich bin von der Antwort der Regierung, auf den ersten Blick war ich enttäuscht, weil sie kaum einen positiven Beitrag sieht zur Erhöhung der Verkehrssicherung. Beim zweiten Lesen hat mir das «kaum» hingegen sehr gefallen, weil es genau das Türchen öffnet, um Erfahrungen von anderen Kantonen genauer zu analysieren und sogar eine Pilotphase durchzuführen mit entsprechenden Erfahrungen. Meine Frage oder Anschlussfrage ist, ist die Regierung auch bereit, mit uns sowohl die Erfahrungen aus den anderen Kantonen sowie auch diejenigen aus der Pilotphase objektiv zu teilen?

Cortesi: Ich bin überzeugt, dass die Bekanntgabe solcher Standorte der Sicherheit tatsächlich dienen könnte. Auch an anderen gefährlichen Stellen wird explizit der Hinweis gemacht «Achtung Radarkontrollen» und ich bin überzeugt, diese Radargeräte, die dort aufgestellt sind, haben einen Ertrag von nahezu null. Das heisst, sie erbringen den Zweck, diese Aussagen oder diese Hinweise, dass das Tempo angepasst wird, und es führt aber zu keinen oder zu sehr wenigen Bussen. Nun, ich kann mich

des Eindrucks nicht verwehren, dass es eben doch um Einnahmen geht, obwohl die Regierung versucht, diesen Eindruck abzuwehren. Aber wenn Sie nur schon den letzten Artikel oder den letzten Satz des Berichtes lesen, da heisst es: «Die Regierung erkennt aufgrund der vorstehenden Ausführungen in der Gesamtbetrachtung kaum einen positiven Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit durch die Bekanntgabe der Radarstandorte. Bevor sie jedoch ganz darauf verzichtet, ist sie bereit, die Erfahrungen von anderen Kantonen genauer zu analysieren und in einer Pilotphase weiter entsprechende Erfahrungen zu sammeln.» Es ist eigentlich gut so, aber man erkennt an dieser Wortwahl, dass sie eigentlich keine Lust hat, hier eine Änderung einzubringen. Und so schliesst sich auch für mich der Kreis wieder. Die Regierung hat diesen Vorstoss, der da damals während der Debatte ums Budget eingebracht wurden, als absurd bezeichnet. Ich gehörte offenbar auch zu denen, die das eben nicht absurd finden, sondern die es zweckmässig finden, dass man eben die Verkehrssicherheit erhöht und nicht versucht, wie schon erwähnt wurde, Geld einzuspielen.

Jetzt bringe ich spontan noch ein Beispiel. Ich habe mir kurz überlegt, darf ich das oder darf ich das nicht, doch, ich darf das. Ich war an einer Präsentation am San Bernardino Tunnel vor vielen Jahren, in der Rolle als Gemeinderat, und wir hatten eine Führung. Und die Kantonspolizei hat uns dort erklärt, wie das so wäre mit diesen Radareinnahmen, und ich müsste mich wirklich sehr stark täuschen, aber Sie können das vermutlich nachprüfen. Damals hat man gesagt, der beste Radar im Kanton wäre der bei Roveredo. Diese Strasse gibt es ja nicht mehr, das ist jetzt nun ein Tunnel, und dieser Radar hätte jährlich 7 Millionen Franken eingespielt. Also, wer sich an diese Zeit erinnern kann, bei dieser leichten Krümmung war eine 80er-Begrenzung, und dieser Radar hat offenbar sehr viel Geld eingespielt. Also bitte, ich kann mich des Eindrucks nicht verwehren, dass es eben doch um das Einnehmen von Geld geht und nur in zweiter Hinsicht um die Verkehrssicherheit.

Metzger: Ich danke Grossrat Tomaschett, dass er diese Diskussion mit seiner Anfrage angestossen hat. Es gibt doch einige fundierte Argumente für die Veröffentlichung von Radarstandorten, auch bei uns im Kanton. Ein Argument ist doch, dass präventive Wirkung schwerkewichtiger ist als Sicherheit anstatt Strafe. Das ist doch etwas ganz Wichtiges. Überall sonst im Strafrecht sagt man, wir wollen Generalprävention und Spezialprävention. Nur bei den Radargeschwindigkeitsmessungen wollen wir das nicht, weil es uns um etwas Anderes geht. Wenn nämlich die Standorte bekannt sind, fahren dort Menschen vorsichtig und regelkonform. Nicht, weil sie Angst vor einer Busse oder noch schwerkewichtiger von einem existenzbedrohenden Ausweisentzug haben, was eigentlich eine Doppelstrafe ist, wenn das Bundesgericht das endlich so sehen würde, und was es in keinem anderen Land sonst gibt, sondern weil die Menschen sich dann bewusst sind, dass dort kontrolliert wird, wenn sie veröffentlicht sind. Und das wirkt doch präventiv, bevor ein Unfall passiert. Das muss doch das Ziel der Sache sein, das hat man überall im Strafrecht so. Aber nur hier

nicht. Hier geht es eben ums Geld. Grossrat Grass hat ja noch um Antwort ersucht.

Dann das weitere Argument, eben der Fokus auf die Verkehrssicherheit, nicht auf die Busseneinnahmen. Veröffentlichungen signalisieren automatisch, es geht uns nicht ums Abkassieren, sondern es geht uns um die Sicherheit. Daran hätte ein bürgernaher Staat eigentlich ein Interesse im Strafrecht. Das stärkt das Vertrauen in die Bevölkerung und die Behörden und reduziert nicht die Radarfallen auf reine Geldquellen. Dann, ein weiteres Argument, Transparenz schafft doch Akzeptanz. Wer weiss, wo die Radarkontrollen stattfinden, kann sein Verhalten aktiv anpassen, das ist richtig. Das fördert Bürgerverantwortung der Verkehrsteilnehmer. Und wir hätten ja schon Beispiele, nämlich diese berühmten Tempotafeln. Sie fahren 50, Sie fahren 55, es kommt je nachdem ein Gesicht mit einem Lächeln oder es kommt ein Gesicht, das das Gegenteil aufführt. Dann halte ich mich automatisch daran, ohne dass noch Geld abkassiert wird. Und es geht um Einsparung von Ressourcen, denn es braucht weniger Polizeipräsenz, diese kann gezielt an anderen Orten eingesetzt werden. Und letztlich wäre das auch etwas für die Entlastung der Justiz, der Staatsanwaltschaft und des Strassenverkehrsamtes.

Oesch: Ich halte mich kurz, denn meine Vorredner haben bereits sehr vieles gesagt. Vielleicht wissen die einen oder anderen, dass ich früher in Zug lebte, und in Zug wurden alle Radar öffentlich publiziert, und es war allgemein bekannt, wo diese Radare stehen. Wir hatten natürlich auch nicht so viele, denn Zug ist bekanntlich klein, aber trotzdem relativ dicht besiedelt. Ich habe den Auftrag nicht unterschrieben, weil ich natürlich vor allem finde, die Radare genau bei den gefährlichen Stellen, genau die sollten auf jeden Fall veröffentlicht werden. Denn das Ziel eines Radars ist, richtig, Unfälle zu verhindern und nicht unsere Staatskassen zu füllen. Dann ist es eigentlich ja ein falscher Zweck. Ich habe jetzt noch kurz nachgeschaut, wie viele Unfälle denn so quasi prozentual pro Einwohner im Kanton Zug und im Kanton Graubünden so jährlich geschehen. Im letzten Jahr, Kanton Zug wäre es, wenn ich es richtig gerechnet habe, 0,21, Kanton Graubünden 0,23. Also im Kanton Zug werden die Leute nicht geärgert mit irgendwelchen Radarfallen, sondern die Leute wissen, wir müssen uns daran halten und es hat bei den gefährlichen Stellen Radar. Und hier wird die Bevölkerung ja, quasi, man versucht, sie hereinzulegen. Und ich finde das nicht richtig, das ist für mich eine Zweckentfremdung. Und wenn ich jetzt lese, dass die Regierung sich überlegt, das abzuklären, finde ich das schön und hätte lieber eine definitive Zusage, dass es tatsächlich überprüft wird, was diese Radarfallen, und ich nenne sie bewusst Fallen, wirklich bringen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Standespräsidentin Hofmann: Soweit ich sehe, gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Ich gebe Regierungsrat Peyer das Wort.

Regierungsrat Peyer: Liebe Autofahrerinnen, Töfffahrer, Velofahrer, Fussgängerinnen, diejenigen, die mit dem öffentlichen Verkehr unterwegs sind und ab und zu eine

Busse bezahlen müssen, weil sie das Billett zuhause vergessen. Es war eine spannende Diskussion und ich beginne einmal ganz hinten bei dem, was Grossrätin Oesch gesagt hat. Sie hat gesagt, bei den gefährlichen Stellen sollten wir Radar aufstellen und diese Standorte veröffentlichen. Das wundert mich jetzt ehrlich gesagt schon ein wenig, weil ich denke, bei den gefährlichen Stellen sollten wir tatsächlich angepasst fahren und nicht noch zusätzlich ein Radar brauchen, weil die gefährlichen Stellen sind in aller Regel signalisiert mit den entsprechenden Tafeln. Also dort, glaube ich, stellen wir keinen Radar auf. Dort sollten wir eben merken, wie viel Geschwindigkeit es erträgt und wie viel nicht. Und ich glaube, das ist eben so ein bisschen das Problem. Ich glaube, alle hier im Saal, und ich nehme mich da nicht aus, fahren gerne zügig. Und wir fahren aber immer so, dass wir selbst einschätzen, dass wir es im Griff haben. Und dann geschieht halt ab und zu etwas, mit dem wir nicht gerechnet haben, und dann haben wir es eben nicht mehr im Griff. Und deshalb haben wir Tempovorschriften, und die sind ja nicht einfach so erfunden, sondern die basieren auf Erfahrung. Und deshalb hat man sie im Verlauf der Jahre auch angepasst.

Es stimmt aber, und das hat Grossrat Tomaschett in seinem wirklich, und da hat mir Grossrat Claus die Worte schon aus dem Mund genommen, in seinem differenzierten Votum richtig festgehalten, und da bin ich Ihrer Meinung, Radar soll nicht Schikane sein, sondern es soll tatsächlich der Verkehrssicherheit dienen und nicht der Staatskasse. Und da haben Sie recht, ich habe Ihnen in den letzten Debatten einmal gesagt, das sei absurd, das war auch nicht wirklich differenziert, dazu stehe ich. Wir haben jetzt diese Antwort gegeben. Sie haben daraus richtig gesehen, wir haben eine gewisse Skepsis, ob das wirklich etwas bringt, und da spreche ich auch ein bisschen aus Erfahrung. Ich bin dieses Frühjahr einmal eben durch den Kanton Zug und durch den Kanton Luzern gefahren, ich habe die Radardichte da bewundert, ich hatte auch ein bisschen Glück, das gebe ich auch zu. Aber ich hatte Glück. Und es wäre mir aber nie in den Sinn gekommen, bevor ich dorthin gefahren bin, irgendwo zu konsultieren, wo jetzt dieser Radarkasten stehen könnten. Ich hätte mich da auch nicht ausgekannt und in der Geographie dann beurteilen können, kommt jetzt dann einer oder nicht. Und da frage ich mich dann schon, als Tourismuskanton, wenn wir das veröffentlichen, fahren dann einfach all die Touristen bei uns noch in die Radars hinein oder sind es die Einheimischen, die nicht genau schauen?

Und Grossrat Cortesi hat recht, dieser Radar in Roveredo war sehr einträglich, aber vielleicht erinnern Sie sich auch noch, dass an zwei Brücken weiter vorher dieses grosse Plakat hing, Achtung Radar. Der war angezeigt und trotzdem war er sehr einträglich. Entweder haben alle da die deutsche Sprache nicht verstanden oder haben vielleicht gedacht, ja vielleicht ist er trotzdem nicht da, wir werden es sehen. Aber wir haben Ihnen zugesichert in der Antwort, obwohl es kein Auftrag war, sondern nur eine Anfrage, dass wir schauen mit den anderen Kantonen, die die Standorte veröffentlichen, was die Erfahrungen sind, und dass wir auch einen entsprechenden Pilot machen. Also, dass wir einmal vergleichen, wo haben

wir eben nicht angezeigt und jetzt zeigen wir einmal an, dass er da steht und schauen, wie sich das auswirkt, unter anderem auf das Busseneinkommen und auf die Anzahl Personen, die sich hier korrekt verhalten. Ich freue mich, wenn wir in dieser Frage hier einmal plus, minus einig sind. Und natürlich werden wir, wenn wir diese, ich glaube, das hat auch Grossrat Claus gefragt, wenn wir diese Erfahrungen haben, dann werden wir es entsprechend auch kommunizieren, was wir da erfahren haben und was uns dabei aufgefallen ist. Besten Dank.

Darf ich nochmal? Jetzt habe ich schon wieder Grossrat Grass vergessen, Entschuldigung, langsam wird es irgendwie chronisch. *Heiterkeit*. Aber ich kann Ihnen leider die Frage noch nicht beantworten. Wir haben es in Auftrag gegeben, diese Frage zu beantworten, woher diese Differenz kommt und warum sie nicht in der Rechnungsbotschaft markiert war, weil das wäre tatsächlich korrekt. Sie bekommen die Antwort noch, aber ich kann es Ihnen jetzt noch nicht sagen.

Standespräsidentin Hofmann: Damit haben wir die Anfrage Tomaschett behandelt und kommen zur Anfrage von Grossrat Gort betreffend Pilotprojekt zur Professionalisierung von Grossclubs in Graubünden – Beitrag zu Lasten der Spezialfinanzierung Sport. Ich frage Grossrat Gort, ob er mit der Antwort der Regierung zufrieden, teilweise zufrieden oder nicht zufrieden ist.

Anfrage Gort betreffend Pilotprojekt zur Professionalisierung von Grossclubs in Graubünden – Beitrag zu Lasten der Spezialfinanzierung Sport (Wortlaut GRP 4/2024-2025, S. 537)

Antwort der Regierung

Die Regierung hat das Pilotprojekt gestützt auf Art. 6 Abs. 1 lit. g des Gesetzes über die Förderung von Sport und Bewegung (Sportförderungsgesetz; BR 470.000) gesprochen. Demnach können Beiträge aus der Spezialfinanzierung Sport an allgemeine Projekte zur Sportförderung gewährt werden.

Es ist festzuhalten, dass es allen Sportverbänden und -vereinen in Graubünden offensteht, an die bestehenden Fördergefässe einen Antrag zu stellen, unbesehen davon, ob sich die Organisation dadurch einen Vorteil verschafft oder nicht. Durch die beurteilende Instanz wird im Fördergefäss Projekte insbesondere geprüft, ob das Vorhaben einen Innovationscharakter hat und ausserhalb der allgemeinen Vereinsarbeit liegt, ob Veränderungen oder Entwicklungen angestossen werden, mit welchen Massnahmen die gesteckten Ziele erreicht werden sollen, ob eine ausreichende Eigenfinanzierung vorhanden ist und an welchen Faktoren der Fortschritt des Projekts erkennbar ist. Bis zum Beschluss der Regierung hat kein anderer Verein einen Antrag für ein auch nur ähnlich gelagertes Projekt gestellt. Das eingereichte Pilotprojekt der beiden NLA-Clubs im Unihockey wies zudem eine sehr grosse Realisierungsreife und einen hohen Detaillierungsgrad auf.

Zu Frage 1: Ein allfälliger Wettbewerbsvor- oder -nachteil ist eine Frage der Mittelbarkeit. Unmittelbar besteht wohl gar ein Wettbewerbsnachteil für die bestehenden Clubs Piranha Chur und Chur Unihockey, da sie einerseits mindestens denselben Betrag in das Projekt investieren müssen (Eigenfinanzierung fehlt dem operativen Sportbudget) und andererseits parallel zum laufenden Meisterschaftsbetrieb die neue Organisation Floorball Chur United aufgebaut werden muss. Im Erfolgsfall hat das Pilotprojekt mittelfristig Auswirkungen auf die sportliche Entwicklung, also voraussichtlich zum Zeitpunkt, zu dem die Regierung auch die Schaffung eines neuen Fördergefässes für weitere Grossvereine in Aussicht stellt.

Zu Frage 2: Wie eingangs erwähnt, ist Art. 6 Sportförderungsgesetz die Grundlage für den Entscheid. Gemäss Art. 125 Abs. 1 des Bundesgesetzes über Geldspiele (Geldspielgesetz; SR 935.51) dürfen die Reingewinne aus Lotterien und Sportwetten von den Kantonen nur für gemeinnützige Zwecke verwendet werden. Entsprechend sind kommerzielle Sportorganisationen ausgeschlossen.

Zu Frage 3: Es ist zu bedenken, dass dem Pilotprojekt eine Fusion von zwei Grossvereinen zu Grunde liegt. Der Beitrag an das Pilotprojekt kann entsprechend nicht einfach mit acht multipliziert werden und ist im Weiteren abhängig von der Bereitschaft der anderen Grossvereine, ebenfalls eigene Mittel in gleich gelagerte Projekte zu investieren. Die Regierung und die kantonale Sportförderungskommission halten die vorhandenen Mittel in der Spezialfinanzierung Sport für ausreichend.

Zu Frage 4: Mit dem Pilotprojekt sollen Erfahrungen gesammelt werden, ob, innert welcher Frist und zu welchem Anteil sich die Investitionen in eine effizientere Führung durch steigende Erträge refinanzieren lassen. Beiträge aus der Spezialfinanzierung Sport sind immer befristet.

Gort: Ich bin mit der Antwort teilweise zufrieden und verlange Diskussion.

Antrag Gort
Diskussion

Standespräsidentin Hofmann: Sie haben gehört, dass Grossrat Gort Diskussion verlangt. Gibt es dagegen Einwände? Das ist nicht der Fall. Sie können sprechen.

Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Gort: Grundsätzlich finde ich es sehr positiv, dass die Regierung den Sport mehr fördern will. Im Regierungsbeschluss vom 24. September 2024 schreibt die Regierung, dass die Grossvereine eine zentrale Rolle bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen spielen. Auch ich bin überzeugt, dass Sport die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen positiv beeinflusst. Was für mich nun aber in diesem Fall etwas schwierig ist, ist der Umstand, dass wir im Umkreis von nicht einmal 50 Kilometern drei konkurrierende Unihockeyclubs haben, von denen zwei noch in der gleichen Liga spielen, und einer dieser Clubs finanziell unterstützt wird.

In der Antwort zu meiner ersten Frage widerspricht sich die Regierung dann auch meiner Meinung, dass kein Wettbewerbsvorteil hier geschaffen wird, und man spricht sogar von einem Nachteil. Dies widerspricht aber dem Regierungsbeschluss, in welchem die Regierung bei der Begründung schreibt, ich zitiere «Die Realisierung dieses Entwicklungsschritts ist ohne Anschubfinanzierung nicht möglich, ohne temporär die sportliche Förderung zu schwächen, was wiederum von den Mitgliedern nicht akzeptiert würde». Hier sagt die Regierung ja selbst, dass man einen Nachteil mit dieser Anschubfinanzierung verhindern möchte.

Weiter schreibt die Regierung in ihrer Begründung im Regierungsbeschluss, ich zitiere «Mit einem Pilotprojekt können wertvolle Erfahrungen gesammelt werden, ob sich die Investitionen in eine effiziente Führung durch steigende Erträge refinanzieren lassen, ob sich eine bessere Vereinsführung für die Mitglieder und Mitarbeiter in sportlicher und in organisatorischer Hinsicht auszahlen». Es ist somit meiner Meinung nach das elementare Ziel dieses Projekts, zu prüfen, ob eine Professionalisierung der Führung sich in sportlicher und organisatorischer Hinsicht für die Mitglieder und Mitarbeitenden auszahlt. Deshalb stört mich insbesondere die Antwort auf die dritte Frage, so wie ich es verstehe, sehr. In meiner Frage in der Fragestunde hat Regierungsrat Parolini von zirka acht bis zehn Clubs gesprochen. In der Antwort der dritten Frage schreibt die Regierung, dass man den Beitrag nicht einfach mit acht multiplizieren könne, da dem Pilotprojekt eine Fusion zweier Grossvereine zu Grunde liegt. Im Regierungsbeschluss schreibt jedoch die Regierung, dass man mit diesem Projekt die Wirksamkeit eines möglichen zukünftigen Unterstützungsgefässes für die Bündner Grossvereine zu entwickeln versucht. Wenn wir nun jetzt die Antwort der dritten Frage ansehen, müssen die Grossvereine davon ausgehen, dass sie nur dann Unterstützung bekommen, wenn sie auch bereit sind, zu fusionieren. Das wäre aber meiner Meinung nach nicht das Ziel dieses Pilotprojekts, entspricht nicht dem von mir zuvor zitierten Regierungsbeschluss und würde ich wirklich sehr bedauern. Hier wäre ich der Regierung dankbar, wenn sie noch Klarheit schaffen könnte.

Wie eingangs gesagt bin ich sehr für die Unterstützung von Sport. Ich bin aber der Meinung, dass man nicht von der Grösse eines Clubs abhängig machen sollte, sondern jene mehr unterstützen sollte, welche mehr in die Kinder- und Jugendförderung investieren. Vereine und Clubs machen hier nämlich einen sehr wichtigen und richtigen Job und dies unabhängig von der Grösse des Clubs, egal welche Sportart es ist und egal, ob es eine Einzelsportart oder eine Teamsportart ist. Diese einseitige Förderung in diesem Fall ist für mich nicht verständlich. Dies zumal auch vor dem Hintergrund, dass von Swiss Unihockey eine Vernehmlassung läuft mit dem Ziel, nur noch einen Zentrumsverein pro Kanton in der höchsten Liga zu haben. Hier kann man jetzt davon ausgehen, dass der Kanton so mit diesen finanziellen Mitteln eine Vorentscheidung massgeblich beeinflusst hat.

Ich bin aber gespannt, wie sich dieses Projekt entwickelt und wie und nach welchem Massstäben die Regierung

dann zukünftige Sportförderbeiträge spricht. Und ich hoffe, dass die Hürden nicht so hoch sind, dass Anfragen aussichtslos erscheinen. Gestern habe ich auf jeden Fall der Person, welche auf mich mit dieser Angelegenheit zugekommen ist, geraten, dass man jetzt umgehend mit einer Anfrage für Förderbeiträge auf den Kanton zugehen soll, und ich hoffe, dass sie das auch tun. Ich werde dann gespannt auf die Antwort der Regierung bei so einer Anfrage sein.

Standespräsidentin Hofmann: Gibt es weitere Wortmeldungen zu dieser Anfrage? Das ist nicht der Fall, somit erhält Regierungsrat Parolini das Wort.

Regierungsrat Parolini: Mit Grossrat Gort bin ich ja und ist die Regierung gleicher Meinung, dass wir den Sport allgemein stärker fördern wollen, und das haben wir mit verschiedenen Beschlüssen in letzter Zeit gemacht und werden es auch weiterhin tun.

Nun ein paar Ausführungen zu den Aussagen, die Grossrat Gort gemacht hat. Er fragt, ob andere Vereine in diesem Sinne auch Unterstützung bekommen für ein ähnliches Projekt. Es ist so, dass alle Sportvereine und -verbände grundsätzlich Zugang zu den bestehenden Fördergefässen haben. Die Kriterien des Verfahrens sind transparent und öffentlich kommuniziert und das Pilotprojekt, dieses konkrete Pilotprojekt, wurde aufgrund seines Innovationscharakters und der besonderen Ausgangslage ausgewählt. Die besondere Ausgangslage ist jetzt vor allem die Fusion dieser zwei grossen Vereine. Aber eben, das Kriterium des Innovationscharakters ist auch von zentraler Bedeutung für dieses Pilotprojekt, und wir hoffen, dass wir Erfahrungen daraus ableiten können, die dann auch allen anderen, ähnlich gelagerten allfälligen Projekten oder Grossvereinen zur Verfügung gestellt werden können. Aber das müssen wir dann von Fall zu Fall genau anschauen.

Das Projekt dient also ausdrücklich dazu, Erkenntnisse für eine mögliche Ausweitung der Förderung zu gewinnen. Und ein Mindestbudget, eine minimale Führungsspanne, Anzahl Trainer/Trainerinnen, Leiterpersonen, die Zugehörigkeit zu einer der beiden obersten Ligen und eine Eigenfinanzierung in mindestens derselben Höhe sind auch Voraussetzungen für die Ausweitung der Förderung. Das sind so die Überlegungen, die wir uns diesbezüglich gemacht haben. Wir werden das Projekt eng begleiten und wir sind gespannt, zu welchen Resultaten wir mit diesem Pilotprojekt kommen und allenfalls, ob es andere Gesuche gibt, die in nächster Zeit eingereicht werden. Wir werden alle Projekte bestens und intensiv prüfen. Weitere Ausführungen kann ich momentan dazu nicht machen.

Standespräsidentin Hofmann: Grossrat Gort, Sie wünschen nochmal das Wort?

Gort: Nur eine kurze Nachfrage oder Präzisierung. Also es muss nicht ein Fusionsgedanke vorhanden sein, damit eine Förderung geschieht?

Regierungsrat Parolini: Es muss einen innovativen Ansatz beinhalten, das auf alle Fälle. Und gleich viele

Mittel müssen auch selber als Eigenmittel aufgewendet werden.

Standespräsidentin Hofmann: Damit haben wir die Anfrage von Grossrat Gort behandelt und kommen zur nächsten Anfrage von Grossrat Hohl betreffend Vereinheitlichung der Nutzungsgebühren von Sportanlagen mit den Standortgemeinden. Ich frage Grossrat Hohl, ob er befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt ist von der Antwort der Regierung.

Anfrage Hohl betreffend Vereinheitlichung der Nutzungsgebühren von Sportanlagen mit den Standortgemeinden (Wortlaut GRP 4/2024-2025, S. 536)

Antwort der Regierung

Die Gemeinden sind die wichtigsten staatlichen Akteure im Bereich der Förderung von Sport und Bewegung. Sie haben direkten Einfluss auf die Rahmenbedingungen für Sport und Bewegung und tragen die finanzielle Hauptlast. Zu den wichtigsten Aufgaben gehört der Bau und Betrieb von Sportanlagen, die Regelung des Zugangs zu diesen Anlagen sowie die Bereitstellung von Raum für Sport und Bewegung. Der Kanton kann mit eigenen Infrastrukturen einen Beitrag zur Förderung von Bewegung und Sport leisten. Gemäss Art. 7 des Gesetzes über die Förderung von Sport und Bewegung (Sportförderungsgesetz; BR 470.000) soll der Schwerpunkt der kantonalen Unterstützung in der Förderung des Kinder- und Jugendsports liegen. Im Portfolio des Kantons Graubünden befinden sich die folgenden drei Sportanlagen:

- Sportanlage Sand der Bündner Kantonsschule (Gemeindegebiet Stadt Chur)
- Sportanlage auf Areal Scalära, gemietet durch die Pädagogische Hochschule Graubünden als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt (Gemeindegebiet Stadt Chur)
- Sportanlage Plantahof (Gemeindegebiet Landquart)

Alle diese Sportanlagen dienen in erster Linie dem Schulbetrieb und werden durch die jeweiligen Bildungsinstitutionen betrieben. Wenn möglich werden sie Dritten zur Verfügung gestellt. Die dabei entstehenden Kosten werden durch die Mieteinnahmen nur teilweise gedeckt, wie das Beispiel der Bündner Kantonsschule zeigt. Damit trägt der Kanton bereits heute einen Teil der Kosten für die Nutzung der Anlagen durch Dritte.

Zu Frage 1: Die Regierung ist bereit, eine Vereinheitlichung der Miettarife zu prüfen. Vorgängig erwartet die Regierung jedoch einen definitiven Entscheid der Stadt Chur, ob die Nutzungsgebühren im Bereich des Kinder- und Jugendsports dem Auftrag des Gemeinderats entsprechend erlassen werden. Da in den nächsten drei bis fünf Jahren eine Totalsanierung der Sportanlagen Sand ansteht, sind die Miettarife zu überprüfen und den entsprechenden Kostengrundlagen anzupassen. Je nach Zeitplan des Sanierungsprojekts wird es Sinn machen, die Gebührenordnung nur einmal anzupassen.

Zu Frage 2: Der Kanton besitzt einzig auf dem Gemeindegebiet von Landquart mit dem Plantahof noch eine Turnhalle. Aufgrund des Schulhausumbaus war die Turnhalle 2019 bis 2021 nicht in Betrieb und wurde anschliessend für die Verpflegung genutzt. Nach einer Bodensanierung wird sie frühestens ab September 2025 wieder vermietet werden. Infolge des saisonalen Betriebs mit vier jahreszeitabhängigen Stundenplänen und verschiedenen Anlässen ist eine Jahresbelegung für Vereine nur eingeschränkt möglich. Die Tarife sind unter diesen speziellen Voraussetzungen nur bedingt vergleichbar.

Zu Frage 3: Aufgrund der unterschiedlichen Verrechnungssysteme der Stadt Chur und der Sportanlagen Sand mit ungleichen Einheiten und verschiedener Anzahl Tarife können allfällige Mehr- bzw. Mindereinnahmen bei einer Umstellung auf das Tarifsysteem der Stadt Chur bestenfalls geschätzt werden. Unter Berücksichtigung der ungefähren Belegungsverteilung auf die verschiedenen Kategorien ist bei den derzeitigen Tarifen davon auszugehen, dass eine Angleichung einen Minderertrag von 10 000 bis 20 000 Franken zur Folge hätte. Ausserdem würden zusätzliche Kosten für die Anpassung der Vermietungssoftware und – je nach Belegung – für Hauswarte und Reinigung anfallen. Falls die Sportanlagen Sand den Vereinen kostenlos zur Verfügung gestellt würden, entfielen jährliche Mieteinnahmen in der Höhe von rund 108 000 Franken. Die Aufwendungen für Hauswarte, Reinigung und Material müssten in diesem Fall vollumfänglich vom Kanton getragen werden. Da der Anreiz für eine effiziente Anlagennutzung wegfällt, muss mit einer Mengenausweitung gerechnet werden. Unklar ist auch, ob gewisse Sportvereine aus der Region ihren Sitz nach Chur verlegen würden, um in den Genuss der kostenlosen Nutzung zu gelangen.

Hohl: Ich bin befriedigt von der Antwort der Regierung und wünsche kurze Diskussion, weil mein drittunterzeichnender Kollege Degiacomi mich darum gebeten hat.

Antrag Hohl
Diskussion

Standespräsidentin Hofmann: Es wird Diskussion gewünscht. Hat jemand Einwände dagegen? Das ist nicht der Fall. Wem darf ich nun das Wort geben? Grossrat Hohl.

Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Hohl: Ganz gar nichts sage ich natürlich auch nicht. Aber Sie haben ja gesehen in dieser Session, wir haben in Chur eine wunderschöne Quaderwiese, wo man Fussball spielen kann. Mittlerweile haben wir auch ganz, ganz tolle Rasensportanlagen in der Oberen Au, wo man Fussball spielen kann. Und was sich ebenfalls in Chur deutlich verbessert, aus Sicht der Churer Sportjugend, ist das Turnhallenangebot mit der Eröffnung der Schulsportanlage Fortuna an der Ringstrasse, wo eine schöne, neue Turnhalle oder Turnhalleninfrastruktur eröffnet wird. Was vielleicht noch dazu kommt, wenn man es etwas grösser anschaut, ich habe gehört, auch in Felsberg

soll noch Turnhallenkapazität entstehen. Und ja, Felsberg, vielleicht macht das dann irgendwann mal Sinn, das mit Chur abzustimmen. Aber Felsberg ist ja noch nicht Chur, äh nicht Chur, Entschuldigung. *Heiterkeit*. Grundsätzlich denke ich, das Angebot in Chur ist sehr gut.

Wichtig scheint mir aber jetzt auch, wo wir ein zusätzliches Angebot geschaffen haben, dass wir aufpassen, dass wir uns nicht gegeneinander ausspielen. Die Schulsportanlage oder die Sportanlage im Sand, die des Kantons, die bietet auch ausserschulisch absolute Mehrwerte für die Region. Es ist aber interessant, ich habe direkt oder in den letzten Tagen eine Rückmeldung von einem Sportverein erhalten, der hat ein langjähriges Turnier, das er dort in der Anlage Sand macht, hat er jetzt in die GBC, also Gewerbliche Berufsschule der Stadtschule, verlegt. Und als ich gefragt habe, warum er das gemacht hat, hat er gesagt, es ist rund ein Drittel günstiger dort. Also Herr Degiacomi hat da mit Dumpingpreisen reingeschlagen, ganz im Sinne des Sports natürlich. Grundsätzlich hat, ich habe das in meiner Anfrage geschrieben, Graubünden Sport einmal einen schönen Leitfaden erstellt, wie man das in den Gemeinden idealerweise abstimmen soll. Dann bin ich erfreut, dass die Regierung bereit ist, das künftig auch am Platz Chur zu tun. Denn es macht absolut Sinn, im Sinn einer breiten Auslastung der Schulsportanlagen, nicht nur in Chur, sondern auch in der Region, dies zu machen. Ich denke, das finanzielle Ausfallrisiko auf Stufe Kanton ist gering, weil, so wie ich gehört habe, auch in der Stadt Chur, im Bereich des Hallensports, nicht erhebliche Anpassungen geplant werden. Von daher, vielen Dank für die Antwort. Bleiben Sie dran, zögern Sie es nicht zu lange hinaus, denn es ist oder ich empfinde es als sehr schade, wenn wir gute Anlagen, gute Infrastrukturen haben, und die aus irgendwelchen Gründen dann nicht genutzt werden.

Standespräsidentin Hofmann: Grossrat Degiacomi, Sie haben das Wort.

Degiacomi: Ja ich möchte ein bisschen in die Kerbe meines Vorredners schlagen. Für einmal sind wir einer Meinung, auch wenn es um Chur geht. Erstaunlich, der selbsternannte Hüter der Peripherie, Grossrat Hohl. Nein, wirklich, im Ernst. Es ist so, die Stadt Chur hat in den vergangenen Jahren sehr, sehr viel Geld investiert für Sportanlagen, die einen Nutzen weit über die Stadt hinaus stiften sollen. Und Sie können sich in den nächsten Tagen und Wochen, Monaten, selber ein Bild davon verschaffen. Das neue Rasensportstation, am Samstag in einer Woche ist da das Europacupfinale der Calanda Broncos, ein grossartiges Event, aber Sie müssen schnell sein, denn es wird ziemlich sicher ausverkauft sein. Am 7. August ist die Eröffnung der Schul- und Sportanlage Fortuna, die Unihockeyhalle mit 1600 Zuschauerplätzen, und am 20. September ist da der grosse Tag der offenen Türe. Die Stadt Chur hat sehr viel Geld in diese Anlagen investiert und einen sehr kleinen Teil vom Kanton dazu bekommen, aber immerhin, wir sind dankbar dafür. Aber es ist so, dass wir doch auch aus eigener Kraft sehr viele Mittel auch da reingesteckt haben und natürlich auch möchten, dass das genutzt wird. Wir werden ja auch den

Weltmädchenfussballtag im Oktober auf unseren Rasensportanlagen und in der Fortuna haben und dann haben wir die European Floorball Tour, die im Oktober auch in der Fortuna ein Turnier durchführen wird.

Jetzt aber zum eigentlichen Teil der Anfrage Hohl. Es ist so, Grossrat Hohl hat das noch kurz erwähnt, es ist ein bisschen ein Missverständnis, das sich durchgezogen hat. Der ursprüngliche Auftrag, der in der Stadt eingegangen ist, der umfasste den vollständigen Erlass der Nutzungsgebühren. Der Stadtrat hat dann aber im Bericht geschrieben, dass er nicht wirklich einen vollständigen Erlass sieht, weil wir ja eh eigentlich, wir haben das gerade gehört, relative tiefe Nutzungsgebühren haben und diese sind eher als Lenkungsgebühr zu verstehen. Also von daher, es ist nicht die Absicht des Stadtrates, einen vollständigen Erlass zu machen, aber wir haben Probleme, gerade im Rasen- und Eissport, dass es dort doch recht teuer wird. Ich möchte vielleicht nur noch den Kontext ein bisschen erweitern, das geht aus der Antwort der Regierung auch nicht so ganz hervor. Aber wir haben in Chur von der Stadtschule und GBC immerhin 33 Turnhallen. Das ist eine ganz schöne Menge, 33. Und sieben Turnhallen hat die Kantonsschule, eine Sporthalle hat die Pädagogische Hochschule und dann eine Turnhalle hat noch das Bildungszentrum Gesundheit und Soziales, und leider kommen uns die Sporthallen der Armee nach und nach abhanden. Aber es sind viele Turnhallen, die wir in Chur haben. Ein Teil von der Stadt oder in unserer Hoheit mindestens, aber es ist schon wichtig, dass wir da ein bisschen eine Koordination vornehmen können. In dem Sinne habe ich mich natürlich selbstverständlich sofort der Anfrage Hohl angeschlossen, und wenn wir können, ich hoffe, Sie spüren das, leisten wir gerne einen Beitrag, dass regional daraus auch viel Nutzen für den Sport generiert wird.

Standespräsidentin Hofmann: Ich sehe keinen weiteren Wortmeldungen mehr und gebe das Wort nun Herrn Regierungsrat Parolini.

Regierungsrat Parolini: Ich bin froh ob der Information von Grossrat Degiacomi, dass er sagt, dass kein vollständiger Erlass der Tarife vorgesehen ist. Er hat mir das im Voraus so kommuniziert und von daher wird der Koordinationsbedarf sicher etwas leichter fallen. Denn wir müssen schauen, dass wir die Turnhallen, die im Eigentum des Kantons sind, dass wir da nicht allzu vergünstigt das zur Verfügung stellen, ansonsten belastet das einfach den Bereich der Mittelschulen, wenn es über die Kantonsschule abgerechnet wird, und das wäre an sich nicht korrekt. Aber wir sind offen für den Koordinationsbedarf, dort wo es Sinn macht bei den Turnhallen. Und wir haben aber auch Ausführungen dazu gemacht, dass eine Totalsanierung der Sportanlagen Sand bevorstehen. Wann genau diese erfolgen und ob wir jetzt Tarifanpassungen machen, bevor diese Totalsanierung der Sportanlagen erfolgt oder erst nachher, darüber müssen wir dann noch diskutieren. Aber ich würde meinen, dass die Bedürfnisse des Vereinssports bei der anstehenden Totalsanierung der Sportanlagen Sand auf alle Fälle mitberücksichtigt werden müssen. Soweit meine Ausführungen zu dieser Thematik.

Standespräsidentin Hofmann: Wünschen Sie, Herr Grossrat Hohl, nochmals das Wort? Das ist nicht der Fall. Damit haben wir Ihre Anfrage erledigt und kommen zum Auftrag Della Cà betreffend neue Verbindungsstrasse zwischen Brusio und Viano. Die Regierung empfiehlt Ihnen, den Auftrag abzulehnen. Somit entsteht automatisch Diskussion. Herr Grossrat Della Cà, ich gebe Ihnen das Wort.

Auftrag Della Cà betreffend neue Verbindungsstrasse zwischen Brusio und Viano (Wortlaut GRP 4/2024-2025, S. 534)

Antwort der Regierung

Die Regierung ist sich der Gefahr von Steinschlag auf gewissen Abschnitten der Verbindungsstrasse zwischen Brusio und Viano bewusst und hat sich in der Vergangenheit bereits mehrfach im Grossen Rat zum Umgang und Vorgehen betreffend die Erhöhung der Sicherheit auf der Vianostrasse geäussert, zuletzt im Rahmen der Beantwortung des anlässlich der Februarsession 2022 eingereichten Auftrags Della Cà (Regierungsbeschluss vom 19. April 2022 [Prot. Nr. 352/2022]). Die Rahmenbedingungen haben sich seither nicht verändert. Der Regierung ist es nach wie vor ein Anliegen, die Strassenverbindung durch Investitionen in entsprechende Schutzbauten sicherer zu machen. Das Ziel besteht in erster Linie darin, den Grenzwert für das individuelle Todesfallrisiko gemäss Bundesamt für Umwelt (BAFU) zu erreichen. Es ist aber auch zu berücksichtigen, dass die Regierung zu einem haushälterischen Umgang mit den finanziellen Ressourcen angehalten ist. Bei der Realisierung von Strassenbauvorhaben ist vor diesem Hintergrund dem Kosten-Nutzen-Verhältnis Rechnung zu tragen. Das Strassenbauprogramm enthält, abgestimmt auf das entsprechende Regierungsprogramm und unter Berücksichtigung der im Finanzplan vorgesehenen Mittel, nebst anderem die Überlegungen bezüglich der Priorisierung der Strassenbauvorhaben.

Das Tiefbauamt Graubünden (TBA) hat für die Erschliessung von Viano in der Vergangenheit unter anderem mehrere Varianten mit Tunnel und/oder Galerien ausgearbeitet, welche zwar zu einer entscheidenden Verbesserung der Verkehrssicherheit beitragen würden, aber mit Kosten von 50 bis 85 Millionen Franken ein ungünstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen würden. Die im Auftrag Della Cà erwähnten Varianten 5b und 6b, die auf eine vom Gemeinderat Brusio veranlasste Machbarkeitsstudie des Ingenieurbüros HMQ AG in Thusis zurückzuführen sind, hätten ebenfalls Kosten in dieser Höhe zur Folge. Diese neuen Varianten sind ebenfalls aufgrund des Kosten-Nutzen-Verhältnisses nicht in Betracht zu ziehen. Es kommt hinzu, dass aufgrund der langen Realisierungsdauer dieser Varianten gleichwohl weitere Schutzmassnahmen über mehrere Millionen Franken auf der bestehenden Verbindungsstrasse hätten realisiert werden müssen.

Es bleibt darauf hinzuweisen, dass die Erschliessung einer Fraktion nicht zwingend über eine für Motorfahr-

zeuge befahrbare Strasse erfolgen muss. Ausnahmsweise können andere Lösungen, namentlich Seilbahnen, vorgesehen werden (vgl. Art. 7 Abs. 7 des Strassengesetzes des Kantons Graubünden, StrG; BR 807.100). Das TBA hat zur Erschliessung von Viano in der Vergangenheit daher auch verschiedene Seilbahnkonzepte geprüft, mit welchen eine sichere Verbindung von Brusio nach Viano gewährleistet werden könnte. Im Rahmen der Realisierung einer Seilbahnverbindung nach Viano müsste im Gegenzug die Vianostrasse zwischen Brusio und Viano der Gemeinde abgetreten werden. Unter Berücksichtigung der strassengesetzlichen Bestimmungen würde der Kanton für die Kosten der Realisierung und des Betriebs einer Seilbahn aufkommen. Um die Finanzlast der Gemeinde zu reduzieren, hat sich der Kanton zudem bereit erklärt, die Vianostrasse zwischen Brusio und Viano instand zu stellen und in gutem Zustand der Gemeinde zu übergeben. Die Gemeinde hat sich nicht grundsätzlich gegen die Seilbahnlösung ausgesprochen, verzichtet jedoch auf eine Kostentragung durch den Kanton, da dies zu einer Übernahme der Verbindungsstrasse durch die Gemeinde führen würde. Die Gemeinde beabsichtigt stattdessen, im Jahr 2025 ein eigenes Seilbahnkonzept, ohne finanzielle Beteiligung des Kantons, zu prüfen und im Jahr 2026 mit der Planung und Umsetzung zu beginnen.

Unter Berücksichtigung sämtlicher Umstände soll am eingeschlagenen Weg festgehalten werden. Das TBA ist zurzeit daran, ein Projekt für den situationsgerechten Ausbau der Vianostrasse auszuarbeiten und anlässlich dieses Ausbaus zusätzliche Sicherungsmassnahmen für mehrere Millionen Franken zu realisieren.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag abzulehnen.

Della Cà: Eine kurze historische Übersicht: Bevor ich meinen Auftrag einreichte, wurde mir geraten, die kantonalen Verantwortlichen im Bereich der Strassenverbindungen zu konsultieren, um eine Lösung zu finden, die von den direkt betroffenen Akteuren, dem kantonalen Tiefbauamt und der Gemeinde Brusio mitgetragen wird. Ich möchte betonen, dass eine solche Konsultation bereits vor langen Jahren von meinen Vorgängern durchgeführt wurde. Am 25. April 1973 schlug das kantonale Tiefbauamt nach einem weiteren Treffen mit den genannten Stellen den Bau einer Seilbahn als Lösung vor. Nach deren Inbetriebnahme hätte die Gemeinde Brusio die heutige Strasse zurücknehmen und somit deren Eigentümerin und alleinige Verantwortliche werden müssen. Seitdem sind 52 Jahre vergangen, in denen das Tiefbauamt, abgesehen von einigen Modernisierungen und der Anbringung von Fangnetzen, lediglich Reparaturen an den durch Steinschläge verursachten Schäden sowie gewöhnlichen Unterhaltsarbeiten ausgeführt hat. An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich beim Amt Wald und Naturgefahren für die Installation der Fangnetze in einem sehr schwer zugänglichen Gebiet bedanken.

Im Jahr 2019 wiederholte sich der gleiche Prozess mit neuen Vertretern des Kantons und der Gemeinde. Leider blieb der Vorschlag des Kantons derselbe wie vor 52 Jahren. Für die Gemeinde Brusio würde die Annahme

dieses Vorschlags heute einem wirtschaftlichen Selbstmord gleichkommen. Je mehr Zeit vergeht, desto kritischer wird die Lage. Und die nächsten Schäden an der Strasse werden die finanziellen Möglichkeiten unserer Gemeinde übersteigen. Zudem sei daran erinnert, dass die aktuelle Strassenstrasse die geometrischen Bedingungen an eine kantonale Verbindungsstrasse mitnichten erfüllt. Die drei Kilometer lange Strasse ist selbst für Personenwagenverkehr sehr schmal, ausserordentlich steil und mit acht sehr engen Spitzkehren ausgestattet, welche selbst für erfahrene Automobilisten zur Grenzfahrt werden. Ein Befahren der Strasse im Winter wird zur lebensgefährlichen Lotterie.

Wichtige Informationen zu Viano: Das Dorf Viano, 1280 m.ü.M., zählt heute 57 Einwohnerinnen und Einwohner. Mit den umliegenden Maiensässen kommt man auf total 121 Gebäude inklusive Wohnhäuser, Kirchen und Stallungen. Die Haupttätigkeit in Viano ist die Landwirtschaft. Im Dorf gibt es vier landwirtschaftliche Betriebe, geführt von jungen Familien mit schulpflichtigen Kindern. Darüber hinaus befinden sich zwei Restaurants/Kleinhotels in der Gegend, eines direkt im Dorf und eines in der Nähe, in San Romerio, wo sich eine Kirche aus dem Jahr 1106 befindet.

Worüber wir zu entscheiden haben: Heute geht es nicht um irgendeine Entscheidung, heute müssen wir entscheiden, ob wir es weiterhin so lassen wollen, dass täglich Dutzende von Personen, insbesondere Kinder, eine Strasse benützen müssen, die seit über 100 Jahren Teil des kantonalen Strassennetzes ist, sich heute jedoch gemäss den offiziellen Gefahrenkarten mehrheitlich in der roten Zone befindet. Es handelt sich nicht um ein potenziell gefährliches Gebiet, sondern um eine rote Zone, in der das Risiko eines Naturereignisses wissenschaftlich und physisch leider nachgewiesen ist. Daran dürfte auch ein Ausbau der bestehenden Strasse wenig ändern. Das bedeutet, dass unser Kanton, also wir, derzeit ein etwa siebenfach höheres Risiko toleriert, als das Gesetz als zulässig erachtet. Das ist juristisch problematisch, moralisch untragbar und politisch nicht vertretbar. Die Regierung erklärt, dass der Bau einer neuen Strasse ausserhalb der roten Zone zu teuer sei. Aber ich frage Sie, wie viel ist das Leben jener Kinder wert, die siebenmal am Tag mit dem Schulbus diese Strasse befahren? Wieviel ist das Recht der Familien in Viano wert, auf eine sichere, moderne und gesetzeskonforme Strasse zählen zu können? Heute haben wir noch rechtzeitig die Möglichkeit, eine Situation zu korrigieren, die, wenn sie unverändert bleibt, uns alle im Falle eines tragischen Ereignisses mitverantwortlich machen würde. Wir können uns nicht sagen, wir wüssten es nicht. Wir wissen es. Es ist dokumentiert, es wurde untersucht, es wurde bestätigt.

Der Gemeindekreis Brusio, dessen Präsident ich bin, hat die Verantwortung wahrgenommen, indem sie unabhängig vom Kanton Machbarkeitsstudien in Auftrag gegeben hat, welche aufzeigen, dass eine sichere Ganzjahresverbindung nach Viano möglich ist und dass diese Verbindung auch in einem vertretbaren Nutzen-Kosten-Verhältnis stehen kann. Die politische Verantwortung liegt nun bei diesem Parlament. Es liegt an uns, zu entscheiden, ob das Verhältnis zwischen Kosten und Risiko

wirklich tragbar ist. Ich danke den 51 Kolleginnen und Kollegen, die mit ihren Unterschriften die Einreichung dieses Auftrags ermöglicht haben. Nun ist der Moment gekommen, den politischen Willen in einen parlamentarischen Entscheid zu überführen. Gegen die Antwort der Regierung zu stimmen, bedeutet, ein klares Signal zu setzen. Die Sicherheit hat oberste Priorität. Es handelt sich nicht um einen Angriff auf die Regierung, sondern um einen Akt der Verantwortung gegenüber jenen, die täglich gezwungen sind, diese Strasse zu benutzen, um gesund nach Hause zurückzukehren. Wir können nicht länger warten.

Ich bitte Sie mit Nachdruck, nein zu der Antwort der Regierung und ja zu einer sicheren Zukunft für die drei Generationen zu stimmen, die heute das Dorf Viano bewohnen. Und last but not least, ich zeige Euch ein Foto, Entschuldigung, ich stehe auf, vom 6. Dezember 2020 an einem Sonntag, Samichlaustag, der Schmutzli hat an Viano dieses Geschenk gemacht. Schauen Sie sich das an. Das passiert mindestens einmal pro Jahr. Das ist nicht mehr tragbar. Ich habe hier noch mehr Fotos, wenn Sie wollen. Aber das sollte reichen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Standespräsidentin Hofmann: Grossrat Cramer, Sie haben das Wort.

Cramer: Io ho preparato il mio intervento in italiano, ma visto che il collega Della Cà ha parlato adesso in tedesco continuo anche io in tedesco affinché lo capiscano tutti.

Wir haben die Überlegungen und Ausführungen von Kollege Della Cà gehört, vor allem auch, welche Vorstösse er bereits hier im Grossen Rat eingereicht hat. Und ich hoffe wirklich, dass es heute gelingt, diesen Auftrag zu überweisen, denn er ist wichtig für die Fraktion von Brusio, für das Dorf Viano, und es ist auch wichtig für den Zusammenhalt und die Solidarität im Kanton Graubünden. Und deshalb werde ich auf jeden Fall diesen Auftrag unterstützen und hoffe, dass Sie das ebenfalls tun werden.

Kollege Della Cà hat ausgeführt und auch mit einem eindrücklichen Bild gezeigt, was für Steine hier auf diese Strasse herunterfallen. Es ist wirklich eindrücklich. Sie haben es gesagt, Sie haben noch mehrere Bilder, und die fahren einem wirklich ein. Vor allem, wenn man bedenkt, dass dort Schulbusse tagtäglich hinunter- und hinauffahren. Das ist ein Risiko, das nicht zu verantworten ist.

Ich möchte aber vor allem auch kurz noch auf die rechtliche Argumentation und auf die rechtlichen Überlegungen eingehen. Der Kanton erschliesst gemäss Art. 7 Abs. 1 des Strassengesetzes jede Gemeinde mit einer Kantonsstrasse, falls keine Erschliessung durch eine gleichwertige Nationalstrasse vorhanden ist. Nun, ich glaube, es ist allen klar, eine gleichwertige Nationalstrasse in Viano ist offensichtlich nicht vorhanden. Aber wir wissen auch, dass Viano keine Gemeinde ist, sondern eine Fraktion von Brusio, und deshalb heisst es in Art. 7 Abs. 2 des Strassengesetzes, der gleiche Anspruch gilt auch für Strassen einer Gemeindefraktion, sofern sie mindestens 30 Personen mit ständigem Wohnsitz zählt.

Wir haben es auch aus den Ausführungen von Grossrat Della Cà und Gemeindepräsident von Brusio gehört, die Fraktion Viano verfügt über mehr als 30 Personen mit ständigem Wohnsitz, also besteht der Anspruch auf die Erschliessung mit einer Kantonsstrasse. Nun führt die Regierung in ihrer Antwort aus, dass ausnahmsweise nach Art. 7 Abs. 7 eine Ausnahmemöglichkeit mit einer anderen Lösung besteht, namentlich mit Seilbahnen. Die Regierung führt aber nicht aus, wann eine solche ausnahmsweise andere Lösung gegeben ist. Das ergibt sich auch nicht aus den seinerzeitigen Materialien, als das Strassengesetz im Jahr 2005 erlassen wurde respektive totalrevidiert wurde. Ich habe extra die Materialien dazu nochmals angeschaut, auch das Wortlautprotokoll. Aus meiner Sicht sind die Voraussetzungen nicht gegeben, dass man hier auf diese ausnahmsweise alternative Lösung gehen könnte, und deshalb besteht der Anspruch der Fraktion Viano, mit einer Kantonsstrasse erschlossen zu werden. Und dieser Anspruch ist entsprechend auch umzusetzen.

Wir können von Glück reden, dass bis heute kein schlimmeres Ereignis mit Personenschaden passiert ist auf dieser Strasse. Aber nur auf das Glück dürfen wir uns nicht verlassen, und wir können nicht zuwarten, bis etwas passiert. Wir haben auch hier als Parlament eine Verantwortung, für die Sicherheit unserer Bevölkerung zu sorgen. Nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass im Falle des Nichtstuns allenfalls eine Werkeigentümerhaftung nach Privatrecht droht im Falle eines Ereignisses oder eine Staatshaftung nach Staatshaftungsgesetz. Wir sind also verpflichtet, zu handeln, und ich meine, der Zeitpunkt ist der richtige. Deshalb, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bitte überweisen Sie diesen Auftrag.

Sgier: In Viano gibt es noch vier Landwirtschaftsbetriebe. Für die Transporte von Gütern und Tieren ist eine sichere Strasse eine wichtige Grundlage, z. B. für Lieferungen, Alpbestossungen, usw. Ohne die Strasse steigen die Produktionskosten für die Betriebe sowie die Planung der Arbeitsabläufe wird sehr anspruchsvoll. Übrigens bewirtschaften die Bauern von Viano auch landwirtschaftliches Nutzland in Brusio. Eine zu jeder Tageszeit und Jahreszeit sichere Verbindungsstrasse ist auch ein Beitrag zur Förderung von Wohnraum oder zumindestens Erhalt von Wohnraum. Ja, die dezentrale Besiedelung hat hier hohe Kosten, jedoch sollte der Begriff «dezentrale Besiedelung» nicht zum Schimpfwort werden. Bitte unterstützen Sie den Auftrag Della Cà.

Censi: Quale secondo firmatario di questo incarico prendo volentieri la parola, innanzitutto dicendo che si tratta di una strada di collegamento. Il nostro Cantone tiene a cuore questo tema, il tema dei collegamenti stradali, è un tema centrale nella strategia di sviluppo cantonale. Le immagini che ha mostrato, o l'immagine che ha mostrato il sindaco di Brusio sono impressionanti. Finora è sempre andata bene, ma chiaramente siamo consapevoli del problema, quindi abbiamo una responsabilità quali parlamentari del Cantone dei Grigioni ed è ora quindi di trovare una soluzione definitiva. Bisogna dire che l'interesse è importante a livello di Viano, a livello di Brusio.

Come già detto pocanzi c'è un interesse innanzitutto abitativo, quindi ci sono delle famiglie che vivono in questa frazione, c'è un interesse agricolo ma c'è anche un interesse turistico, quindi anche un interesse di carattere economico per il nostro Cantone. Parliamo ormai da diversi anni su questo importante tema, l'ha già riproposto alcuni anni or sono il granconsigliere Della Cà, e credo che sia giunto finalmente il momento di trovare una soluzione definitiva, ma soprattutto una soluzione sicura e non dover lavorare con dei rappezzati o con dei lavori strada facendo. Quindi sono dell'opinione che è il momento di decidere, quindi spero che verrà sostenuto questo incarico.

Menghini-Inauen: Mi sento in dovere di ripetere quanto già espresso varie volte in questa sala: collegamenti stradali sicuri e affidabili sono indispensabili per tutto il territorio del nostro Cantone perché consentono l'accesso ai servizi essenziali, all'approvvigionamento in generale e non da ultimo assicurano l'esistenza o la crescita economica delle nostre valli. Sono cosciente che la rete stradale capillare del nostro Cantone decentralizzato abbia una lunghezza di ben oltre 4000 chilometri e di conseguenza richiede un impiego di molte risorse finanziarie per il suo mantenimento. È quindi chiaro che il suo funzionamento rappresenta anche una sfida non indifferente. Sicurezza e accessibilità devono però avere priorità assoluta. E su questo voglio fare riferimento all'obiettivo politico generale numero 7 sulla mobilità e cito letteralmente: l'accessibilità dell'intero territorio cantonale deve essere garantita alla popolazione, alle imprese e ai visitatori. Bene, nella sua presa di posizione il Governo segnala che l'Ufficio tecnico al momento sta elaborando un progetto per l'ampliamento della strada per Viano adeguato alla situazione e in occasione di questo ampliamento intende realizzare misure di messa in sicurezza supplementari per un costo di diversi milioni di franchi. Queste misure, afferma, da una parte devono presentare un rapporto costo-beneficio sostenibile e dall'altra parte dovrebbero raggiungere il limite per il rischio individuale di decesso secondo l'Ufficio federale dell'ambiente UFAM. Le affermazioni risultano essere poco concrete e ancora meno vincolanti. Infatti non ho trovato alcun riferimento per quanto riguarda le tempistiche di progettazione e di realizzazione di questi miglioramenti. Sappiamo poi anche che il progetto non è considerato nel programma strade 2025-2028. Faccio pertanto appello a voler dare la giusta attenzione a chi tutti i giorni si espone al rischio di dover trascorrere questa strada, sia per andare al lavoro, a scuola o altro. La proposta di respingere l'incarico Della Cà purtroppo non sembra andare in questa direzione, il che mi rammarica profondamente. Detto questo vi prego, care colleghe e cari colleghi, di sostenere l'incarico Della Cà con convinzione e ringrazio per la cortese attenzione.

Cortesi: Im Gegensatz zu den anderen Bergdörfern, die unseren schönen Kanton bereichern, ist die Strasse zum schönen Dorf Viano so gefährlich wie kaum eine andere. Der drohende und völlig unberechenbare Steinschlag entlang der Strasse ist für Touristen, aber vor allem für die Bewohnerinnen und Bewohner des Dorfes eine im-

merwährende latente Gefahr. Diesen Zustand sollte der Kanton beseitigen, genauso, wie er dies zum Beispiel in anderen Bergregionen, wo Lawinenschutzverbauungen unabdingbar sind, richtigerweise tut. Geschätzte Damen und Herren, dies waren meine Schlussworte zum gleichen Thema aus der Augustsession 2022. Die Strasse ist seither nicht sicherer geworden, und die Menschen, die nach Viano fahren, müssen nach wie vor die Strasse in grosser Gefahr passieren. Nun, ich denke, eine Investition in die Erschliessungsstrasse eines Dorfes, sei es auch ein kleines, ist sicher nicht falsch. Wir haben in diesem Rat in der Februarsession 2024 die Verbesserung der Calancastrasse als wichtig und richtig eingestuft. Wir sprechen manchmal auch für Sinnloseres Geld. Sie kennen diese Aussage von mir. Sagen wir ja zu diesem Auftrag, er macht Sinn.

Claus: Es ist ja einigermaßen erstaunlich, wenn ich als ehemaliger Präsident der FDP hier mich für diese Ausgabe ausspreche. Warum tue ich das? Nicht, weil es sich um eine Strasse handelt, das wäre der erste Verdacht, sondern, weil mich die Arbeit von Grossrat Della Cà über diese Jahre hinweg sehr überzeugt hat. Er hat beharrlich immer wieder insistiert, hat nie aufgegeben und hat für seine Region gekämpft. Das hat einen Vorbildcharakter für alle hier in diesem Saal. Und wenn wir schlussendlich hier für eine Strasse ein wenig Geld ausgeben, die zudem auch noch rechtliche Probleme mit sich bringt, da teile ich die Meinung meines Kollegen Cramer, glaube ich, dass wir hier gut beraten sind, hier dieses Geld zu sprechen und somit auch den Einwohnern von Viano eine Weiterexistenz in einer peripheren Gegend zu ermöglichen. Ich bitte Sie, hier mit dem Auftrag zu stimmen.

Rageth: Ich werde den Auftrag nicht überweisen, und weil ich nach dem emotionalen Vortrag von Herrn Della Cà, dem ich vollends folgen konnte, ein schlechtes Gewissen habe, möchte ich nicht nur die rote Lampe drücken, sondern auch etwas dazu sagen. Es geht mir überhaupt nicht um diesen Vorstoss. Aber seit ich im Grossen Rat bin, das ist noch nicht sehr lange, aber seither haben wir gefühlt alle zwei bis drei Sessionen einen Vorstoss, der irgendein Infrastrukturprojekt, sei es im Bahnwesen oder im Strassenverkehr, raschmöglichst, sofort oder mit höchster Priorität bevorzugen möchte. Ich weiss nie, wenn ich ja stimmen würde, welcher Region ich etwas wegnehmen würde, denn das Amt, vermute ich, kann nicht alle Projekte gleichzeitig, nicht alle Projekte mit höchster Priorität umsetzen, und ich finde, diese Priorität sollte nicht im Grossen Rat und kann nicht im Grossen Rat erfolgen. Es ist aber wichtig, wenn Grossrat Della Cà hier immer wieder ein Zeichen setzt, aber weil ich mich nicht in der Lage fühle, diese Priorität zu setzen, werde ich den Vorstoss nicht unterstützen.

Loi: Es stimmt mich eigentlich traurig und nachdenklich, dass wir diese Diskussion überhaupt führen müssen. Ich erinnere mich an die Diskussion über die Calancastrasse, und wenn Herr Kollege Rageth sagt, wir sollten sofort und dringlich, dann wage ich das zu bezweifeln, dass wir immer dringlich und sofort sollten, sondern es gehen

meistens einige Jahre durchs Land, bis dann irgendetwas geschieht. Und ich denke, dass man mit einer ein bisschen zügigeren und speditiveren Arbeit und der Erkenntnis, dass man auch die Peripherie, vor allem im Kanton Graubünden, die Peripherie, die dezentrale Besiedelung, aufrechterhalten sollte, und da noch von Seilbahn spricht, wenn man weiss, dass mehrere Landwirtschaftsbetriebe dort oben sind und auch mit Gütern dort hochfahren müssen und es eh eine Strasse braucht, und sei es nur eine Meliorations- oder eine Waldstrasse, dann habe ich einfach das Gefühl, dass das Ganze nicht so läuft, wie es sollte. Erinnern wir uns an die Situation im Calancatal, hört man jetzt, ja, da haben wir über das Ziel hinausgeschossen. Es ist gar nicht realisierbar. Klar wäre es realisierbar. Man muss es an die Hand nehmen und einfach umsetzen. Und deshalb bitte ich Sie, den Auftrag in der ursprünglichen Form zu überweisen.

Standespräsidentin Hofmann: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und gebe nun Regierungsrätin Maissen das Wort.

Regierungsrätin Maissen: Ich habe nun einen etwas schweren Stand nach all diesen Voten zugunsten des Anliegens des Auftrags Della Cà. Aber ich möchte zuerst einmal festhalten, dass die Regierung zusammen mit dem Tiefbauamt sich sehr wohl der Situation der Strasse von Brusio nach Viano bewusst sind. Und der historische Rückblick von Grossrat Della Cà, dass man bereits vor 50 Jahren über diese Problematik miteinander diskutiert hat, zeigt auf, dass wir schon lange daran sind. Aber es ist auch eine Realität, dass das Thema Kosten-Nutzen-Verhältnis einfach nicht ausser Acht gelassen werden kann. Denn unsere Mittel sind beschränkt, wir müssen sie haushälterisch einsetzen. Und da zählt nun einmal das Kriterium des Kosten-Nutzen-Verhältnisses trotz allem auch. Und ich sage das hier mit einem guten Gewissen, auch punkto all der Themen hinsichtlich der Sicherheit. Weil es gibt eine Alternative.

Hätten wir keine Alternative, dann müssten wir uns nochmal darüber unterhalten. Aber es gab ein Angebot an die Gemeinde, und das Angebot an die Gemeinde war Bau und Betrieb einer Seilbahn. Es gibt die Möglichkeit nach Art. 7 Abs. 7 des Strassengesetzes, die Verbindung auch z. B. über eine Seilbahn sicherzustellen. Das ist auch ein Bekenntnis zur dezentralen Besiedelung. Auch das möchte ich hier festhalten. Der Kanton hätte die bestehende Kantonsstrasse vor der Übergabe an die Gemeinde instandgesetzt, inklusive einen Beitrag mitgeben für den künftigen Unterhalt. Die Strasse hätte z. B. gerade auch für die Landwirtschaft nur im Sommer betrieben werden können. Das hätte die Unterhaltskosten, Betriebskosten für die Gemeinde wesentlich reduziert. Das ist auch eine Lösung, die wir auch in anderen Orten im Kanton Graubünden bereits kennen, zum Beispiel bei Arvigo oder Braggio im Calancatal. Punkto Sicherheit wäre das die beste Lösung gewesen. Wenn Sie nun also mit moralischen oder rechtlichen Bedenken kommen, dann glaube ich, ist das nicht ganz korrekt. Weil bei dieser Lösung war eigentlich die Erkenntnis, das anerkenne ich auch, die Gemeinde hat gesagt, uns ist das zu teuer. Das ist ein Argument, ich sehe das schon

ein. Aber bitte argumentieren Sie dann damit, dass Sie dafür kein Geld in die Hand nehmen möchten, und nicht die ganze Zeit mit dem Thema Sicherheit. Weil eine sichere Lösung als Variante wäre vorgelegen. Ich glaube das muss man in diesem Sinne schon auch hier anerkennen.

Wir haben über einen ähnlichen Auftrag bereits in der Augustsession 2022 im Grossen Rat diskutiert. Die Rahmenbedingungen haben sich seither nicht verändert. Und das Tiefbauamt hat, das wissen Sie auch, Grossrat Della Cà, unzählige Varianten geprüft, ich glaube, es waren über 20, auch Varianten über Selvapiana oder sogar über Italien. Man hat einige Varianten dann vertieft, ist dann aber immer zu dieser Erkenntnis gekommen, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis bei Weitem nicht gegeben ist, angesichts auch des Umstandes, dass es eine Alternative gäbe.

Der Kanton geht jetzt folgendermassen vor: Im Jahr 2024 bis 2026 findet die Umsetzung von weiteren Sicherheitsmassnahmen statt. Das sind Massnahmen im Umfang von rund 8 Millionen Franken. Diese 8 Millionen Franken müssen auch investiert werden, wenn wir jetzt eine grosse, andere Lösung anstreben müssen. Weil wir wollen tatsächlich das Sicherheitsniveau auf dieser Strasse so rasch wie möglich anheben. Und gleichzeitig wird ein Strassenprojekt erarbeitet. Im 2026 ist dann die Genehmigung des Auflagenprojektes vorgesehen, das einen Ausbau vorsieht, einen moderaten Ausbau. Es wurde darauf hingewiesen, dass der heutige Querschnitt der Strasse nicht den Normen entspricht. Und dieser Ausbau würde dann in den Jahren 2027 bis 2037 realisiert werden. Auch da werden mehrere 10 Millionen Franken investiert.

In diesem Sinne sind wir der Überzeugung, in Kenntnis und auch in vollem Bewusstsein der herausfordernden Situation und dass die Fraktion von Viano Anspruch auf eine gute Verbindung hat, dass das angedachte Vorgehen des Kantons der Situation gerecht wird, eine andere Lösung mit der Gemeinde konnte man nicht finden, und dass man auf diesem Weg weitergehen sollte. Vielen Dank.

Standespräsidentin Hofmann: Grossrat Della Cà?

Della Cà: Ich staune, sehr geehrte Regierungsrätin. Sie haben von 20 Varianten gesprochen. Das stimmt überhaupt nicht. Der Kanton hat neun Projekte im 2019 vorgestellt, zwei davon über Italien. Projekt Numero 7 war die Instandsetzung der jetzigen Strasse. Und Projekt Numero 6, am günstigsten, hätte 60 125 000 Franken gekostet. Und das ist das Dokument, das ich verwendet habe für meinen ersten Auftrag im Februar 2022. Und das wurde im August 2022, Anfang der neuen Legislatur behandelt, und wurde nicht angenommen. Warum? Weil der Vorschlag des Tiefbauamts hat zwei lange Tunnel vorgesehen, eine Brücke, 180 Meter lang. Und wir dürfen keine Tunnel bauen dort, war die Antwort. Weil wir keine, wie sagt man, Sicherheitsstollen oder Fluchtstollen bauen können. Also das ist eine Taktik, eine Verzögerungstaktik. Und das ist beweisbar, die Dokumente haben wir.

Zurzeit gibt es vier Projekte, die das Tiefbauamt gemacht hat. Die haben, also die Firma HMQ AG in Thusis, hat vier Projekte gemacht. Letztes Jahr war ich Ende April beim TBA vorstellig. Die vier Projekte wurden mir auf den Tisch gestellt, ich wusste von dem nichts. Damals hatte mir Regierungsrat Cavigelli gesagt, ja, Herr Della Cà, das ist nicht eine Frage zwischen dem Grossrat Della Cà und dem Kanton, sondern des Kantons und der Gemeinde Brusio. So, jetzt heute bin ich hier als Präsident der Gemeinde Brusio. Und jetzt verlange ich, dass ich informiert bin. Und jetzt hat der Gemeinderat eine zweite Studie finanziert. Und jetzt gibt es vier Projekte vom Tiefbauamt. Die kosten also sehr viel Geld, weil dort will man einfach das Plus machen, sehr lange Tunnel und so weiter. Und die vier Projekte, die wir eingereicht haben, die hat die Firma HMQ AG von Thusis gemacht. Und wir haben diese Projekte so, wie sagt man, erarbeitet, dass sie so wenig kosten, wie sagt man, so billig wie möglich sind. Es ist besser, eine brauchbare Lösung zur Zeit als die perfekte zu spät. Das ist die Formel. Und kommen Sie mir nicht mit 20 Projekten, das stimmt nicht. Sorry, das ist die Wahrheit.

Standespräsidentin Hofmann: Grossrat Crameri, Sie haben sich nochmals gemeldet.

Crameri: Entschuldigen Sie, wenn ich nochmals intervenieren muss. Aber das Gesetz sagt, ausnahmsweise können andere Lösungen vorgesehen werden. Was heisst ausnahmsweise? Aus meiner Sicht ist einfach diese Voraussetzung vorliegend eben nicht gegeben, dass ausnahmsweise eine andere Lösung vorgesehen werden könnte. Denn so wie ich die bisherige Interpretation dieses Gesetzes anschau, ist ausnahmsweise dann, wenn topografisch eine Strasse nicht möglich ist. In Viano ist es aber möglich. In Viano ist es möglich, eine Strasse zu bauen, mit wie vielen Varianten auch immer. Ich teile Ihre Ansicht, es braucht eine schnelle Lösung und nicht die perfekte Lösung. Und wenn Sie, Frau Regierungsrätin, den Vergleich zu Braggio und Landarenca ziehen, dann hinkt aus meiner Sicht dieser Vergleich. Der ist nicht eins zu eins auf Viano anwendbar, weil in Braggio und Landarenca, soweit ich informiert bin, gab es nie eine Kantonsstrasse. Hier haben wir eine Kantonsstrasse, die zu einer Gemeindestrasse werden würde, wenn man dem Vorschlag folgen würde, den Sie präsentiert haben. Aus diesem Grund bin ich wirklich der Meinung, die Fraktion Viano hat Anspruch auf eine Strasse, auf eine strassenmässige Erschliessung mit einer Kantonsstrasse. Und deshalb ist es wichtig und richtig, wenn wir diesen Auftrag überweisen und damit auch Verantwortung übernehmen und Prioritäten setzen, danke.

Standespräsidentin Hofmann: Ich gebe nun das Wort noch einmal Regierungsrätin Maissen.

Regierungsrätin Maissen: Ich möchte mich nicht mit Grossrat Della Cà über die Anzahl streiten. Ich habe von Varianten, nicht von Projekten gesprochen. Vielleicht waren das auch nur 5, 15 oder 10. Man hat auf jeden Fall eine breite Palette an Varianten in diesem Gelände angeschaut und sehr weiträumig angeschaut. Es wurde vorhin

gesagt, Grossrat Della Cà hat das gesagt, wir müssen nicht die maximale Variante haben. Wir müssen eine rasche und eine pragmatische Lösung haben. Und die Lösung des Kantons ist rasch. Wir werden in den nächsten zwei Jahren 8 Millionen Franken in die Sicherheit dieser Strasse investieren. Das ist nicht nichts. Und wir werden in den nächsten zehn Jahren auf dem bestehenden Trassee einen Ausbau machen. Es wird auch in Zukunft eine Kantonsstrasse nach Viano geben.

Standespräsidentin Hofmann: Grossrat Della Cà, Sie haben das Wort.

Della Cà: Nur kurz. Es tut mir leid, dass man hier so, ein Ping-Pong-Spiel spielen muss. Die 8 Millionen Franken wurden bei der letzten Legislatur schon vorgeschlagen. Es handelt sich hier nur um Fangnetze. Für 8 Millionen Franken hat man damals gesagt, und 12 Millionen Franken für das Trassee. Auf dem Trassee haben wir nicht eine Million Franken gesehen, und nur Fangnetze bis jetzt. Und ich habe es auch gesagt, ich bin dankbar, dass mindestens diese Fangnetze, wie sagt man, gebaut wurden. Ich habe hier Fotos auch von diesen Fangnetzen. Und denn sehen Sie den Schulbus, der runterfährt, und auch einen Traktor mit einem Silodings. Aber man hat bei der letzten Legislatur 20 Millionen Franken garantiert. Von denen sind nicht einmal die 8 Millionen Netze installiert worden. Also ich denke, entweder sagt man die Wahrheit, oder man geht einfach weiter mit ich habe so gesagt, der andere hat so gesagt. Sorry.

Standespräsidentin Hofmann: Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer den Auftrag Della Cà überweisen möchte, drücke die Taste Plus. Wer den Auftrag Della Cà nicht überweisen möchte, drücke die Taste Minus. Und wer sich enthalten möchte, die Taste Null. Die Abstimmung startet jetzt. Sie haben den Auftrag Della Cà mit 55 zu 21 Stimmen und bei 15 Enthaltungen überwiesen.

Abstimmung

Der Grosse Rat überweist den Auftrag mit 55 zu 21 Stimmen bei 15 Enthaltungen.

Standespräsidentin Hofmann: Damit beende ich hier an dieser Stelle die Junisession 2025. Ich erinnere Sie noch einmal an die Abgabe der Selbstdeklarationsliste und bitte lassen Sie die Kopfhörer in der Schachtel auf Ihrem Platz zurück. Wir haben auch heute wieder ein Ratsmitglied unter uns, welches das letzte Mal an einer Session teilgenommen hat. Es ist dies Grossrat Stefan Walser, der seit 2022 Mitglied des Grossen Rats ist. Er hat seinen Rücktritt per Ende dieser Session erklärt und ich bedanke mich bei ihm an dieser Stelle für seine Arbeit zugunsten des Grossen Rats und damit auch der Bündner Bevölkerung. *Applaus.*

Eine lange und reich befrachtete Session geht nun zu Ende, und ich möchte mich bei allen, die uns zugearbeitet haben, die für uns gesorgt haben, die unsere Sicherheit gewährleistet haben, ganz herzlich bedanken. Vor allem aber bedanke ich mich bei unserer Klimaanlage, die eine tadellose Leistung geliefert hat. Die Sonne hat ja nicht nur draussen geschienen, sondern auch hier in unserer Mitte, wunderschöne Sonnenblumen haben uns während dieser Session erfreut. Ich wünsche Ihnen allen einen wunderbaren Sommer, erholen Sie sich gut von diesen Debatten.

Und jetzt müssen Sie mir nochmals zuhören. Ich gebe Ihnen noch bekannt, welche Vorstösse eingegangen sind. Es gibt den Vorstoss von Grossrat Censi concernente l'attuazione della politica linguistica cantonale, den Auftrag Schutz betreffend Massnahmen zur früheren Aufhebung der Wintersperre des Albulapasses, die Anfrage Rutishauser betreffend Situation der Prostitution im Kanton Graubünden, die Anfrage Berther betreffend Mikrospeicherseen im Zusammenhang mit dem Regierungsziel 8, die Anfrage Bundi betreffend Überdachung der Hauptstrasse H19 im Gebiet der Fraktion Ilanz und die Anfrage Tomaschett betreffend Entsorgung von Strassensammlerschlamm und Strassenwischgut. In diesem Sinne übergebe ich die noch nicht behandelten Aufträge und Vorstösse an die Standesvizepräsidentin und danke ihr herzlich für ihre Unterstützung. Ich wünsche Ihnen alles Gute, kommen Sie gut nach Hause und bleiben Sie gesund. *Applaus.*

Schluss der Sitzung: 15.55 Uhr

Für die Genehmigung des Protokolls durch die Redaktionskommission:

Die Standespräsidentin: Silvia Hofmann

Der Protokollführer: Gian-Reto Meier-Gort

Die Redaktionskommission

hat an ihrer Sitzung vom 4. August 2025 gemäss Artikel 35 Absatz 3 und Artikel 36 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Grossen Rats die Sitzungsprotokolle der Junisession 2025 geprüft, redaktionell bereinigt und genehmigt. Ebenso wurden die im Anhang zu den Beschlussprotokollen enthaltenen, definitiv verabschiedeten Erlasse und Beschlüsse redaktionell bereinigt.